Nr. 264. Halle a. S., Mittwoch den 11. November 1903. 14. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die [illegible] Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, [illegible] Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 8190.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Aus dem Wirtschaftsbuche eines Musterstaates.

Daß der deutsche Militärstaat unmittelbar von der Masse der Besitzlosen durch indirekte Steuern erhalten wird, weiß jeder, der sich in Deutschland nur ein wenig mit Politik befaßt. Andererseits aber hört man, daß die Einzelstaaten die **größeren Einkommen** und Vermögen zur Besteuerung **heranziehen**, so daß man wohl meinen könnte, daß die Staatslasten, **wenn auch** mittelbar auf den Schultern des gesamten Volkes, **so doch** unmittelbar in der Hauptsache auf denen der besitzenden **Klassen** ruhten, woraus man sich dann erklären könnte, daß **diese besitzenden** Klassen auf Grund ihrer finanziellen Kraft **der Staatserhaltung** besondere politische Vorrechte im Staate **beanspruchten** und erhielten.

Ein Blick in den Haushalts-Etat des preußischen Staates genügt, um dieses Vorurteil zu zerstreuen. Der Anteil der besitzenden Klassen an den finanziellen Lasten des Staates ist überaus gering. Aus direkten Steuern zieht der preußische Staat nach dem Etat für 1903, der auch allen weiteren Angaben zu Grunde gelegt werden soll, ein Reineinkommen von 198,3 Millionen Mark, wovon ja noch etwa ein Viertel aus kleinen und mittleren Einkommen stammt. Dazu kommt die geradezu lächerlich geringe Summe, die der Staat aus der Erbschaftssteuer zieht, nämlich 10,1 Millionen Mark.

Den weitaus größten Teil seiner effektiven Einnahmen zieht der preußische Staat aus Grundbesitz und Kapital. Er bezieht 14,6 Millionen Mark von seinen Domänen, 42,2 Millionen von den Forsten, 24,7 Millionen von dem Berg-, Hütten- und Salinenwesen, 393,3 Millionen von seinen Eisenbahnen.

Wie also in jener Filiale Preußens, die die Firma Deutsches Reich trägt, die Gesamtheit des arbeitenden Volkes dafür sorgen muß, dem Vaterlande durch unproduktive Anlagen seine „Weltmachtsstellung" zu erhalten, so muß ein Teil von ihm dafür sorgen, daß die Finanzen der Zentrale in Ordnung bleiben. **Das sind einerseits** jene besser situierten Arbeiter, die von ihrem bescheidenen Einkommen noch direkte Steuern an das schwarzweiße Vaterland zu entrichten haben, andererseits aber jene Massen arbeitender Hände, die jahraus, jahrein darum bemüht sind, ihm einen möglichst hohen Unternehmerprofit heranzuschaffen.

Im Grunde aber ist es doch wieder die gesamte Arbeiterschaft, die unter der fiskalischen Wirtschaft des Staates leidet. **Würden die besitzenden** Klassen wirklich die Last des Staates **tragen, dann könnte** dieses seine ungeheueren Besitzungen dazu **benutzen**, nicht Staatskapitalismus sondern Staatssozialismus zu treiben und seine Arbeiter so zu stellen, daß der ganze **Arbeitsmarkt** daraus Vorteil zöge. So wie er ist, muß aber **der preußische** Staat so gut wie jeder andere Ausbeuter sein **Ausbeuterinteresse** vertreten, als Kapitalist ist er solidarisch mit **den anderen** Kapitalisten, und seine Politik auf dem Arbeitsmarkte geht dahin, sich und seinen Unternehmerkollegen die Arbeiterware möglichst billig zu erhalten. Daß sich der Lohn der Arbeit nicht nach dem Werte der Leistung sondern nach der „orts- und landesüblichen Bezahlung" zu richten habe, gilt daher in allen beteiligten Staatsämtern als unumstößlicher Grundsatz.

Das berühmte Wort, daß die Kulturaufgaben in Preußen nicht leiden, wird schon durch diese Tatsache widerlegt. Denn die wichtigste Kulturaufgabe eines Staates müßte es doch sein, in seinen Betrieben keine Hungerlöhne und keine übermenschlichen Arbeitszeiten zu dulden! Aber auch sonst bleibt von dem riesigen Budget des preußischen Staates sehr wenig übrig, was zu Zwecken verwandt wird, die man wirklich als Kulturzwecke ansprechen kann.

Die Zivilliste des preußischen Königs beansprucht im ganzen also 15 719 296 M.

Viel größer noch als diese Ausgabe, die durch ein besonderes Gesetz festgelegt und von der Bewilligung durch den Landtag unabhängig ist, sind jene Ausgaben, die der kapitalistische Klassenstaat trotz der ungeheuerlichen Privatbelastung der Rechtsuchenden zur Aufrechterhaltung seiner komplizierten Rechtsordnung fordert: die Ausgaben für Justiz und Verwaltung. Die Justiz braucht 116,8, die Verwaltung — einschließlich der höheren Verwaltungsbehörden — 98,9 Millionen Mark. Davon kosten die Strafanstalten allein 16,2 Millionen, die Polizei 55,2 Millionen Mark!

Als direkten Tribut an die Kapitalistenklasse sind für Schulden 235,9 Millionen Mark Zinsen zu bezahlen.

Die Gestütsverwaltung erfordert an Zuschüssen 4,1 Millionen Mark. Sie beschäftigt u. a. 21 Gestütsdirigenten mit 110 000 Mark Gehalt, und 12 Schullehrer mit 16 650 Mark Gehalt.

Sehr bescheiden sind dagegen die Ausgaben für die Gewerbe-Inspektion. Sie betragen rund 800 000 Mark.

Sieht man von diesem und andren gelegentlichen Pöstchen ab, so hat man die Kultur wohl vor allem im Etat des Unterrichtsministeriums zu suchen, das der Amtsgebrauch kurz und bezeichnend das Ministerium der geistlichen 2c. Angelegenheiten nennt. Zur direkten Unterstützung der evangelischen und der katholischen Kirche gibt er rund 6 Millionen Mark aus, für „gemeinsame" Zwecke des Kultus und Unterrichts 17,6 Millionen Mark. Da die Gemeinsamkeit nur eine verhüllende Bezeichnung für den wahren Sachverhalt ist und die „gemeinsamen" Ausgaben bis auf ein paar Pfennige in fromme Hände gehen, ergibt sich eine Summe von 23,6 Millionen Mark für Kirchenzwecke. Dazu kommt, was der Staat für die theologischen Fakultäten, für geistliche Schulinspektoren, für die Erteilung des Religionsunterrichts bezahlt.

Für Universitäten und höhere Lehranstalten gibt der Staat 25,8 Millionen Mark aus. Das ist gewiß nicht zu viel, weil Ausgaben für Bildungszwecke niemals zu viel sind. Bedenkt man aber, daß diese höheren Schulen nur einer kleinen Minderheit dienen, das Elementarunterrichtswesen aber vom preußischen Staate nur mit 90,5 Millionen Mark bedacht wird, so wird man des argen Mißverhältnisses gewahr. Denn während nur etwa der zwanzigste Teil der Schulkinder in die höheren Schulanstalten gelangt, wird für sie mehr als der fünfte Teil dessen aufgewandt, was der Staat für Schulzwecke übrig hat!

Allerdings hat ja der Staat das niedere Schulwesen großmütig den Gemeinden zur Erhaltung überlassen und begnügt sich damit, die Rolle eines Helfers in der Not zu spielen. Man weiß, mit welchem Erfolge! Fast dreitausend preußische Kinder sind wegen Schulmangels zum Analphabetentum verdammt, fast zweitausend Lehrstellen können wegen der abschreckenden Gehaltsverhältnisse nicht besetzt werden.

Für das Medizinalwesen fallen 3,6 Millionen ab.

Der preußische Staat glänzt mit einem Gesamt-Etat von 2674,2 Millionen Mark. Er bestreitet eine glänzende Hofhaltung. Er gibt Millionen aus für rein repräsentative Zwecke, für Gesandtschaften, Ordensverleihungen usw. Er bezahlt seinen höheren Beamten riesige Gehälter. Er kauft Deckhengste, deren jeder ein Vermögen kostet; ein Deckhengst wurde jüngst für beinahe eine halbe Million erworben, fast so viel wie die Jahresausgaben für die Fabrikinspektion. Der Staat streut das Geld mit vollen Händen zum polnischen Fenster hinaus. Er läßt die reiche Quelle der Erbschaftssteuer, die anderen Staaten Hunderte von Millionen einträgt, so gut wie unberührt. Er geht mit den großen Vermögen so schonend wie möglich um.

Für Pferdewärter und Roßärzte braucht er mehr als für Gewerbe-Inspektoren; für Strafrichter, Staatsanwälte, Gendarmen und Polizisten mehr als für Schullehrer. Für das Seelenheil seiner Untertanen gibt er sechsmal so viel aus, als für ihre leibliche Gesundheit!

Das ist die „gesunde Tüchtigkeit" des preußischen Staates, das ist, was unsere Minister und Lakaien als den Höhepunkt aller politischen Möglichkeiten preisen und als das Muster aller staatlichen Verwaltungskunst.

Dieser Staat, der angeblich von den Besitzenden erhalten wird und den Aufgaben der Kultur dient, — da ja das Ressort der spezifischen Unkultur vom Reiche übernommen ist — ist in seiner tüchtigen Wirklichkeit nur ein Teil jenes großen kapitalistischen Aufsaugungsapparates, der, was die besitzlose Masse schafft, aus tausend Röhren in das Sammelbecken der herrschenden Klassen leitet. **Alles durch das Volk, nichts für das Volk!**

Und das Dreiklassen-Wahlsystem hält Wacht, daß diese Wirtschaft nimmer gestört werde!

Tagesgeschichte.

Halle, 10. November.

Es geht auch ohne Zuchthausgesetz.

Wie weit es mit dem Streikbrecherschutz der Polizei gekommen ist, zeigt ein Vorfall, der den Feilenhauer Zaage in Berlin vor Gericht führte.

Zaage sollte beim Feilenhauerstreik im Sommer dieses Jahres Arbeitswillige belästigt und durch Drohung und Ehrverletzung zur Beteiligung am Streik zu bewegen gesucht haben. Die Beweisaufnahme ergab nun folgendes: Zaage hatte zu einem

---

27] (Nachdruck verboten.)

Mein Onkel Benjamin.

Sozial-Roman von **Claude Tillier.**
Deutsch von H. Denhardt.

„Die Freiheit der Ziege," erwiderte mein Onkel, „besteht nur darin, von dem Grase, das in dem Tale wächst, zu dem auf dem Berge zu springen; aber die Freiheit des Menschen besteht nicht darin, nur das zu tun, was ihm beliebt. Wer körperlich verhaftet ist, während ihm doch die Denkfreiheit bleibt, ist hundertmal freier, als der, dessen Seele man in den Banden einer widerwärtigen Beschäftigung gefangen hält. Traurige Stunden erlebt allerdings der Gefangene, wenn er den Weg überschaut, der in die Ebene hinabführt und sich in dem bläulichen Schatten eines fernen Waldes verliert. Er wünschte die arme Frau zu sein, welche, ihre Spindel drehend, ihre Kuh den Weg entlang führt; oder der arme Holzhauer, der mit einem Reisigbündel beladen, nach seiner unter den Bäumen rauchenden Hütte zurückkehrt. Aber wer besitzt denn eine solche Freiheit, überall zu sein, wo man möchte, und gerade vor sich hinzugehen, so lange man nicht müde ist oder von einem Graben zurückgehalten wird? Ist der Gelähmte nicht ein Gefangener in seinem Bette, der Kaufmann in seinem Laden, der Beamte in seiner Schreibstube, der Bürger in dem Umkreise seiner kleinen Stadt, der König innerhalb der Grenzen seines Königreiches und selbst Gott in dem eisigen Kreise, der die Welten umspannt? Du gehst keuchend und schweißtriefend auf einem von der Sonne verbrannten Wege; da sind große Bäume, die ihr hohes Blätterdach neben dir ausbreiten und wie zum Spott ihr gelbes Laub über deinem Haupte schütteln: nicht wahr, du möchtest gern einen Augenblick unter ihrem Schatten ruhen und deine Füße in dem Moose, das ihre Wurzeln bedeckt, rasten lassen? Aber siehe, zwischen ihnen und dir ist eine sechs Fuß hohe Mauer oder ein eisernes Gitter. Ich weiß nicht, ob Arthus, Rapin und ihr alle, die ihr nur einen Magen habt, die ihr nach dem Frühstück gleich wieder an das Mittagbrot denkt, mich versteht; aber Millot-Rataut, der Schneider ist und Weihnachtslieder dichtet, wird mich verstehen. Ich habe oft der Wolke auf ihren Wanderzügen zu folgen gewünscht, wenn sie im Winde den Himmel entlang zog. Wenn ich, auf mein Fenster gestützt, träumend dem Monde nachschaute, der mich wie ein menschliches Gesicht anblickte, so hätte ich mich wie eine Luftblase zu diesen geheimnisvollen Stätten, die sich über meinem Haupte ausbreiteten, emporschwingen mögen, und hätte alles in der Welt dahingegeben, um nur einen Augenblick auf einem dieser gigantischen Bergesgipfel zu sitzen, welche die blasse Oberfläche des Planeten zerreißen: war ich dann nicht auf der Erde eben so gefangen wie der arme Gefangene zwischen den hohen Mauern seines Gefängnisses?"

„Meine Herren," entgegnete Page, „in einem Punkte werden wir übereinstimmen: für den Reichen ist das Gefängnis zu gut und zu milde. Es geht mit ihm wie mit einem verzogenen Kinde um; es behandelt ihn wie jene Nymphe, die nach Amor mit einer Rose schlug. Wenn man dem Reichen gestattet, seine Küche, seinen Keller, seine Bibliothek, seinen Salon mit in das Gefängnis zu nehmen, so ist er nicht mehr ein Verurteilter, der zur Strafe gezogen wird; nein, er ist einfach ein Bürger, der seine Wohnung wechselt. Du sitzest da vor einem wohltuenden Feuer, in die Watte deines Schlafrockes eingehüllt; mit den Füßen auf dem Feuerbock überläßest du dich der Verdauung, während du in deinem Magen noch den angenehmen Geschmack von Trüffeln und Champagner hast. Draußen schlägt der Schnee an das Gitter deines Fensters: du aber läßest den hellen Dampf deiner Zigarre gegen die Decke wirbeln, du träumst, du denkst nach, du baust dir Luftschlösser oder machst Verse; neben dir liegt deine Zeitung, dieser Freund, den man verläßt, dessen man sich wieder erinnert und von dem man für immer Abschied nimmt, sobald er zu langweilig wird. Was in aller Welt, sage selber, gleicht hierbei wohl einer Strafe? Hast du nicht in gleicher Weise bei dir zu Hause Stunden, Tage, ja ganze Wochen zugebracht, ohne je auszugehen? Was tut mittlerweile der Richter, der die Barbarei hatte, dich zu einer so schweren Strafe zu verurteilen? Vor Frost zitternd, hält er von elf Uhr morgens Termine ab und hört das Geplärr eines Advokaten an, das derselbe täglich wiederkäut. Währenddessen quält ihn ein heftiger Lungenkatarrh oder seine erfrorenen Zehen tun ihm bitterlich weh. Du wendest ein, du wärest nicht frei! . . . Im Gegenteil, du bist hundertmal freier als in deinem Hause: dein ganzer Tag gehört dir; du stehst auf, du legst dich nieder, sobald es dir gefällt; du tust, was dir gut dünkt, und du brauchst dich nicht mehr rasieren zu lassen."

„Sieh dir zum Beispiel Benjamin an, der hier Gefangener ist. Bildest du dir ein, Bonteint hätte ihm einen so schlechten Streich gespielt, als er ihn hier einsperren ließ? Er mußte oft aufstehen, ehe noch die Straßenlaternen ausgelöscht waren. Er lief, die Strümpfe verkehrt angezogen, von Tür zu Tür, ließ sich von dem einen die Zunge zeigen und befühlte dem andern den Puls. War er auf der einen Seite zu Ende, so fing er auf der anderen von vorne an. Er besudelte sich auf den Kreuz- und Querwegen bis an den Zopf heran, und sein Bauer konnte ihm meistenteils nur geronnene Milch und Schwarzbrot vorsetzen. War er erschöpft wieder zu Hause, hatte er sein warmes Bett wieder aufgesucht, begann er die Süßigkeit des ersten Schlafes zu empfinden, so weckte man ihn ungestüm, um dem Herrn Bürgermeister, der infolge einer Unverdaulichkeit zu ersticken befürchtete, oder der Frau Bürgermeisterin, die eine Fehlgeburt gehabt, zu Hilfe zu eilen. Jetzt ist er von all diesen Plackereien befreit. Es geht ihm hier wie der Ratte im holländischen Käse. Bonteint hat ihm eine kleine Rente aussetzen lassen, die er als Philosoph verzehrt. Es geht ihm ähnlich, wie es im Evangelium heißt, er läßt nicht Ader und verschreibt keine Purgiermittel, und ist doch wohl genährt, er flickt und näht nicht zusammen, und ist doch in aller Herrlichkeit in einen roten Rock gekleidet. Wir sind in Wahrheit Narren, wenn wir ihn beklagen, und offenbare Feinde seines Wohlergehens, wenn wir ihn von hier freizumachen suchen."

„Es geht einem hier gut, mag es sein," erwiderte mein Onkel; „aber mir wäre es lieber, es erginge mir anderswo schlecht. Das hält mich jedoch nicht ab, Pages Auseinandersetzung vollständig beizustimmen, nicht allein, daß das Gefängnis für den Reichen zu milde ist, sondern auch für jedermann. Wenn man einen Unglücklichen geißelt, so ist es unstreitig hart, nach dem Gesetze zu sagen: Schlage stärker zu, du kannst ihm nicht wehe genug tun; aber man muß sich auch vor dieser unverständigen und kurzsichtigen Philanthropie hüten, die nicht über den Unglücklichen hinaussieht. Wahre Philosophen, wie Guillerand, wie Millot-Rataut, wie Parlanta, kurz, wie wir alle sind, dürfen die Menschen nur in Masse ins Auge fassen, gerade wie man ein Getreidefeld ins Auge faßt. Eine soziale Frage darf immer nur vom Standpunkte des Staats-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219031111-16/fragment/page=0001
DFG

Kollegen beim Vorübergehen der Arbeitswilligen Gebrüder Piontek in Bezug auf einen dieser Brüder geäußert: „Das ist auch einer von denen." Hierauf drehten sich die Brüder um, packten Zaage und schlugen ihn in roher Weise, indem einer ihm den Kopf niederdrückte und ihm Faustschläge ins Gesichts versetzte, während ihn der andere mit einem Gummischlauch bearbeitete. Auch bedrohten sie die Umstehenden mit einem Revolver. Beide bekundeten vor Gericht außerdem noch, daß ihnen von Schutzleuten der Rat gegeben sei, sich derartig zu bewaffnen und den Streikenden gegenüber von diesen Waffen nötigenfalls auch Gebrauch zu machen. Der Angeklagte Zaage hat nun zwar gegen die beiden waffenstolzen Prügelhelden sofort Strafantrag wegen Mißhandlung und Körperverletzung gestellt, doch ist bisher gegen seine Peiniger noch keine Anklage erhoben worden, während er selbst schon auf der Anklagebank wegen „Belästigung" dieser Leute Platz nehmen mußte. Wegen des durch die Belästigung verübten groben Unfugs wurde er denn auch freigesprochen. Dagegen erblickte das Gericht in der Aeußerung „das ist auch einer von denen" eine Ehrverletzung und verurteilte Zaage deswegen zu drei Tagen Gefängnis. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Die schlichte Wiedergabe solcher Vorfälle ist am wirksamsten, um die Bevölkerung über die Stellung aufzuklären, welche die Behörden und ihre Organe zu den Lohnkämpfen der Arbeiterschaft einnehmen. Wie viele neue überzeugte Anhänger des „Umsturzes" mag der Fall Zaage schaffen.

Redakteure im Gefängnis.

Der Oldenburger Residenzbote, das in letzter Zeit wegen seiner angeblichen Ministerbeleidigung viel genannte Witzblatt, schreibt:

Vom Justizministerium ist uns ein erneuter Beweis freundlicher Gesinnung zu teil geworden. Am 10. August d. J. richtete Redakteur Biermann an das Staatsministerium, Departement der Justiz, ein Gesuch um Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung, die in allen übrigen Bundesstaaten den Redakteuren durchweg gewährt wird und in Preußen (nach dessen Muster man ja sonst in Oldenburg so glorreich zu regieren sucht) vom Herrn Justizminister ein für allemal den Preßsündern im voraus zugebilligt ist. Am 30. Oktober d. J., also zirka ein Vierteljahr später, erfolgte der nachstehende ablehnende Bescheid:

„. . . . Auf Ihr Gesuch erwidert das Staatsministerium, daß in den oldenburgischen Strafanstalten den Gefängnissträflingen nur bestimmte, in der Strafanstalt eingeführte Arbeiten zugewiesen werden, daß den Sträflingen die Erlaubnis, sich selbst ihre Beschäftigung zu wählen, nicht gewährt wird und daher auch Ihnen nicht gewährt werden kann. Ebensowenig kann nach den Hausordnungen der Gefängnisanstalten den Gefängnissträflingen erlaubt werden, sich selbst zu beköstigen. In Vertretung: Willich. . . ."

Es muß zunächst richtig gestellt werden, was das Oldenburger Blatt da über preußische Usancen im Strafvollzug an Redakteuren phantasiert. Der „Herr Justizminister" in Preußen gewährt den Preßsündern keineswegs ohne weiteres Selbstbeschäftigung und Selbstbeköstigung. Letzteres wird grundsätzlich bei sozialdemokratischen Redakteuren überhaupt nicht gewährt. Selbstbeschäftigung wird zwar durchgehends bewilligt, aber neuerdings wird dafür stets der höchste in Ansatz zu bringende Satz als Entschädigung für die dem Gefängnis durch die Selbstbeschäftigung entgehende Arbeitskraft — das sind 3 Mark pro Tag — in Rechnung gestellt. Für die Vergünstigung, im Gefängnis statt Erbsen Bücher lesen zu können, muß der glückliche Redakteur also monatlich netto 80 Mark zahlen.

Immerhin ist das noch ein besserer Zustand wie der vom oldenburgischen Justizministerium hergestellte. Da das Staatsministerium gesprochen hat, so gibt es für den davon betroffenen Redakteur keine andere Instanz als die Oeffentlichkeit und den Reichstag.

Neues zum Fall Dippold.

Der Ursprung der sadistischen Neigungen des ehemaligen Hauslehrers Dippold, der jetzt im Zuchthause sitzt, ist nach der N. Bayr. Landesztg. auf die perversen Neigungen eines Paters zurückzuführen. Das Blatt wies in einer Besprechung des Falles Dippold darauf hin, daß innerhalb der letzten zehn Jahre im Knabenseminar zu Münnerstadt, dem auch Dippold seinerzeit angehört hatte, unsagbare Vorgänge sich abgespielt hätten. Das Blatt teilte mit, es habe sofort, als es von diesen Vorgängen Kenntnis erhielt, die zuständige Stelle verständigt, man habe jedoch dem Pater Sanktos, um denen es sich handelte, Zeit gelassen, über die Grenze zu entfliehen. Die Kenntnis der Vorgänge an dem Münnerstädter Seminar hat das Blatt von einigen Universitätsstudenten, ehemaligen Zöglingen des Münnerstädter Gymnasiums. Der Artikel schließt mit den Worten:

„Es ist anders und besser geworden in Münnerstadt, aber es ist tief bedauerlich und bleibt es immer, daß derjenige Lehrer, welcher die ganze G . . . . . angerichtet und hierdurch eine ganze Generation Studenten verseucht hat, straflos entkommen ist, während eines seiner Opfer im Zuchthaus Ebrach den bürgerlichen Tod erleiden muß."

Deutsche Kriegsschiffe im Auslande. Aus St. Thomas wird gemeldet: Kapitän zur See Scheder habe den Panther und die Gazelle nach San Domingo, wo deutsche Interessen gefährdet, abgesandt.

Maßregeln gegen ausländisches Obst. Rheinland-Westfalen wird diesen Herbst mit amerikanischem Obst überschwemmt. Jetzt ergab die amtliche Untersuchung an der holländischen Grenze das Vorhandensein der San-Jose-Schildlaus. Die Regierung traf nach der Voss. Ztg. Maßregeln, um deren Verbreitung zu verhindern.

Dienstboten-Elend. In einer Verhandlung vor der Strafkammer zu Allenstein kam dieser Tage ein Fall zur Verhandlung, der das Kapitel vom Dienstbotenelend um einen neuen Beitrag bereichert. Angeklagt war nach einem Berichte der Frankfurter Zeitung die Realschullehrer-Frau Kuhn wegen Körperverletzung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Beleidigung und Diebstahl.

Sie hat ihre Dienstboten in rohester Weise behandelt, so daß schließlich niemand mehr zu ihr ging und sie sich von auswärts ihre Opfer herholen mußte. Frau Kuhn suchte im Graudenzer Geselligen eine „Stütze der Hausfrau" und engagierte die sich darauf meldende Franziska Michalski, Tochter des Schlossermeisters Michalski aus Mogilno, Provinz Posen unter folgenden Bedingungen: 10 M. monatlich, freie Station und Familienanschluß. Als die neue „Stütze" am 2. Dezember v. Js. die Stelle antrat, mußte sie sofort die gröbsten Arbeiten ausführen, denn Wohnung und Küche starrten vor Schmutz. Nach anstrengender Tagesarbeit mußte sie beinahe jeden Abend der Angeklagten von 10 Uhr an die Haare kämmen, was oft bis 1 und 2 Uhr dauerte. Dann durfte das Mädchen erst zu Bette gehen, mußte aber schon um 4 oder 5 Uhr wieder aufstehen. Um 11 Uhr vormittags gab es das erste Frühstück, das aus Grundkaffee und einem kleinen Stück Brot bestand. Zu Mittag, um 5 Uhr nachmittags erhielt die Michalski nur die Reste, die die Kinder der Angeklagten übrig ließen. Jeder schriftliche Verkehr mit ihren Eltern wurde der M. unmöglich gemacht. Eines Tages im Februar mußte die M. unter Aufsicht der Kuhn in dem morastigen Wasser der Reinkeschen Wiesen von 4 Uhr nachmittags bis 7½ Uhr abends bei Mondenschein Wäsche spülen. Zu Hause angekommen mußte sie dann mit eiskaltem Wasser den Flur aufscheuern. Infolge des Frostes, der Anstrengungen und des Hungers fühlte die M. an diesem Tage heftige Brustschmerzen. Sie setzte sich auf die Ofenbank und bat flehend um etwas Essen. Die Frau verweigerte ihr aber solches. Einen Brief und eine Karte, die die Gequälte an ihre Eltern schrieb, entriß ihr die Angeklagte. Freie Zeit hat die M. überhaupt nicht bekommen, ihre Kleider und Wäsche hielt die Kuhn eingeschlossen, und wenn sie ausging, schloß sie alle Türen ab, so daß die M. ihrer Freiheit beraubt war und nicht wegkonnte. Ihr Zimmer durfte die M. nicht reinigen, was zur Folge hatte, daß sie von Ungeziefer heimgesucht wurde. Infolge dieser Behandlung erkrankte die „Stütze der Hausfrau". Daß die Kranke infolge ärztlicher Anordnung sich zu Bett legte, erlaubte die unmenschliche Gebieterin aber nicht, und so mußte das ihr anvertraute elende Geschöpf, daß seine Füße nicht gebrauchen konnte, auf den Knien die schweren Hausarbeiten verrichten. Endlich nahm die Angeklagte der M. sogar das Krankenbett fort, obwohl diese sich ihrer stark geschwollenen Füße wegen nicht weiter bewegen konnte. Auf Intervention des Vaters bei der Polizei schritt diese endlich ein und so kam die haarsträubende Angelegenheit an die Oeffentlichkeit. Im April konnte die M., ohne irgendwelchen Lohn erhalten zu haben, nach Hause fahren. Die Beweisaufnahme ergab die volle Schuld der Angeklagten mit Ausnahme der Anklage des Diebstahls. Der Vorsitzende geißelte mit scharfen Worten die ungemein rohe, jede Rücksicht entbehrende, herzlose und unerhörte Handlungsweise der Angeklagten, von der man sich nur mit tiefem Abscheu abwenden könne. Das Urteil verurteilte die Furie zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis.

Die großen Kavallerie-Uebungen sind bekanntlich ein kostspieliger Sport. So wird der Frankf. Ztg. aus Lothringen geschrieben: „Durch die im September d. J. auf den im Kreis Saarburg gelegenen Gemarkungen Rommelfingen, Bettborn, Oberstinzel und Helleringen veranstalteten Kavallerie-Uebungen sind der Militärverwaltung allein 250 000 Mk. Kosten erwachsen, die als Schadenersatz an die einzelnen Landwirte zur Auszahlung gelangen. Hofgutpächter Schantz von Freiwaldhof allein erhält 80 000 Mk. Der Schaden hätte auf die Hälfte bis ein Viertel reduziert werden können, wenn die Uebung um 14 Tage verschoben worden wäre, denn es war auf dem Gelände meist der Hafer noch nicht geschnitten, oder er lag noch geschnitten oder gebunden auf den Feldern, desgleichen teilweise der Weizen. Der große Hagenauer Schießplatz kostete die Militärverwaltung 2 Millionen Mk. an Ankaufsgeldern. Unter Zugrundelegung einer Verzinsung von drei Prozent würde die Benutzung dieses Platzes pro Jahr nur 60 000 Mk. kosten, also nur ein Viertel der Summe, welche in hiesiger Gegend für eine 14tägige Uebung aufzuwenden ist. Da bekanntlich auch unsere Steuerzahler das Geld nicht gerade auf der Straße finden, könnten vielleicht die Herren Reichstagsabgeordneten in Berlin einige Worte über diesen Fall verlauten lassen."

Das was hier für Lothringen geschrieben wird, gilt natürlich auch für andere Teile Deutschlands, besonders auch für unsere Provinz Sachsen, wo die Kaisermanöver stattfanden. So lange aber der größte Teil der deutschen Bürger in seiner Militärschwärmerei beharren wird, so lange wird auch der Militarismus rücksichtslos mit den Steuergroschen des arbeitenden Volkes wirtschaften.

Wie das 24. Dragoner-Regiment seine toten Veteranen ehrt. Im 64. Lebensjahre starb vorige Woche in Darmstadt der Schneider Herrling, welcher den Feldzug 70/71 von Anfang bis Ende in obigem Regiment mitgemacht hat. Ordnungsgemäß war das Leichenbegängnis angeordnet und wie üblich auch der Kriegerverein „Kampfgenossenschaft" mit Fahne und Kranz erschienen. Doch die ebenfalls übliche Musik, welche diesmal obiges Regiment zu stellen hatte, blieb aus. Als man lange genug gewartet hatte, erklärte endlich der Vorsitzende der Kampfgenossenschaft, der allein Kenntnis von der Ursache hatte, die Musik sei durch den Regimentskommandeur abbestellt, weil, man höre und staune, ein anonymer Brief eingelaufen sei, Herrling sei Sozialdemokrat, Mitglied des Schneiderverbandes und der Schneiderkrankenkasse. Schrecklich, und zwar so schrecklich, daß sich selbst die Kampfgenossen entrüsteten, nicht aber über Herrling sondern über das Fernbleiben der Musik. Wir können nun dem Herrn Regimentskommandeur verraten, so schreibt unser Mainzer Parteiblatt zu dem Falle, daß Herrling weder im Schneiderverband noch in der sozialdemokratischen Partei Mitglied war. Sein ganzes Verbrechen bestand darin, daß er der Schneiderkrankenkasse angehörte, um sich im Krankheitsfall vor Not zu schützen und bei seinem Tode seiner Familie ein angemessenes Sterbegeld zu sichern.

Aus dem Offiziersleben. Vor dem Oberkriegsgericht des 5. Armeekorps hatte sich der Leutnant der Reserve im 12. Feld-Artillerie-Regiment Titel nach einem Bericht der Berl. Volkszeitung wegen fahrlässigen Meineides zu verantworten. Titel trat 1901 als Fahnenjunker bei dem in Posen in Garnison liegenden Infanterie-Regiment 47 ein. Von Anfang seiner militärischen Karriere an führte Titel ein sehr luxuriöses Leben, wobei er in große Schulden geriet. In seiner Notlage knüpfte er einen intimen Verkehr mit den bei demselben Regiment stehenden Sergeanten Rhode und Kowalski an. Diese, von Hause aus gut situierten Leute pumpten dem Herrn Fahnenjunker öfter Geld. Titel duzte sich mit seinen Untergebenen. Dieses Verhältnis dauerte fort, als Titel Offizier wurde. Bei den vielen Geldhilfen seitens des Rhode, die durch Vermittelung der Wirtin Titels weiter stattfanden, soll sich Rhode angeblich einer Uebervorteilung resp. eines Betruges Titel gegenüber schuldig gemacht haben. Die Wirtin des Offiziers reichte deshalb eine Strafanzeige gegen Rhode ein, und dieser wurde zu 2 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Rhode Berufung ein. Titel hatte inzwischen wegen allzu vieler Schulden seinen Dienst als aktiver Offizier quittiert und trat in der Reserve zu dem eingans erwähnten Artillerie-Regiment über. In der Berufungs-Instanz soll Titel zu gunsten Rhodes einen Meineid geleistet haben, dahingehend, daß er mit Rhode, als er Offizier wurde, nicht mehr verkehrt habe. Das Urteil der Vorinstanz wurde hierauf aufgehoben und Rhode freigesprochen. Nunmehr wurde gegen Titel ein Strafverfahren wegen Meineides eingeleitet. Das Kriegsgericht der 10. Division aber fällte am 10. März d. J. ein freisprechendes Urteil. Gegen dieses Urteil hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt. In der Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht sagte Rhode, der inzwischen Polizei-Sergeant in Landsberg a. W. geworden ist, übereinstimmend mit seiner Frau und Schwägerin eidlich aus, daß Titel den Verkehr mit seiner Familie und ihm auch während seiner Offizierslaufbahn fortgesetzt habe. Trotzdem konnten ausreichende Beweise für den geleisteten Meineid nicht erbracht werden und das Gericht erkannte gegen Titel wegen Mangels an Beweisen auf Freisprechung. Gegen dieses Urteil hat der Gerichtsherr abermals Berufung beim Militär-Reichsgericht eingelegt.

---

interesses aus geprüft werden. Du hast Dich durch eine schöne Waffentat ausgezeichnet, und der König schmückt Dich mit dem Ludwigskreuze. Wähnst Du, daß Seine Majestät aus Wohlwollen gegen Dich und im Interesse Deines individuellen Ruhmes Dir gestattet, sein gnädiges Bild auf Deiner Brust zu tragen? Ach nein, mein tapferer Krieger: es liegt in seinem Interesse und dann in dem des Staates. Es geschieht, damit diejenigen, die gleich Dir warmes Blut in ihren Adern haben, Deinem Beispiele folgen, sobald sie Dich so großmütig belohnt sehen. Jetzt ein anderes Bild! Anstatt einer rühmlichen Tat hast Du ein Verbrechen begangen; es handelt sich nicht mehr um drei oder vier Menschen, die sich durch ihren Rockkragen von Dir unterscheiden: nein, es ist ein guter Bürger Deines Landes, den Du getötet hast. Der Richter hat Dich zum Tode verurteilt und der König Deine Begnadigung abgeschlagen. Es bleibt Dir jetzt nichts mehr übrig, als Deine Generalbeichte abzulegen und Dein Klagelied anzustimmen. Welche Gesinnung hat denn nun dem Richter den Urteilsspruch über Dich eingegeben? Hat er die Welt von Dir befreien wollen, wie man einen tollen Hund tötet, oder Dich strafen wollen, wie man ein unartiges Kind züchtigt? Hätte er Dich bloß von der Gesellschaft absondern wollen, so würde zu dem Zwecke ein sehr tiefes Gefängnis mit sehr dichten Türen und einem Gitter vor jedem Fenster genügen. Sodann verurteilt der Richter oft einen Menschen zum Tode, der einen Selbstmord zu begehen versucht hat, und einen Unglücklichen, von dem er weiß, daß ihm das Gefängnis ein rettender Zufluchtsort sein wird, zum Gefängnis. Legt er also diesen beiden Schelmen gerade das, was sie wünschen, zur Strafe auf? Soll der Tod dem, welchem das Leben zur Last ist, und das Gefängnis dem, welchem es an Brot und Unterkommen fehlt, eine Strafe sein? Der Richter hat nur einen Zweck im Auge: er will diejenigen, die sich durch Dein Beispiel zur Nachahmung versucht fühlen könnten, abschrecken."

„Volk, hüte Dich vor einem Morde, das ist die Bedeutung des über Dich gefällten Urteils. Könntest Du an Deiner Stelle einen Hampelmann, der Dir ähnlich wäre, unter das Beil legen, so wäre das dem Richter ganz gleichgiltig; könnte er Dich, sogar sobald Dir der Henker den Kopf abgeschlagen und ihn dem Volke gezeigt hat, wieder lebendig machen, so bin ich überzeugt, daß er es gern täte; denn bei dem allen ist der Richter doch ein guter Mensch und möchte nicht, daß seine Köchin ein Huhn unter seinen Augen tötete."

„Man ruft sehr laut, und Du selber stimmst mit ein, es wäre besser, zehn Schuldige freizusprechen, als einen Unschuldigen zu verurteilen. Das ist die kläglichste Albernheit, welche die moderne Philanthropie ausgesprochen hat; sie ist ein antisoziales Prinzip. Ich für meine Person behaupte, es ist besser, zehn Unschuldige zu verurteilen, als auch nur einen einzigen Schuldigen freizusprechen."

Bei diesen Worten riefen alle Gäste Zeter über meinen Onkel.

„Nein, meiner Treu, ich scherze nicht," erklärte mein Onkel, „und es handelt sich hier um keinen Gegenstand, über den man lachen könnte. Ich spreche hier eine feste, unerschütterliche und schon längst gewonnene Ueberzeugung aus. Die ganze Stadt bemitleidet das Los eines unschuldig Hingerichteten; die Zeitungen hallen von Klagegeschrei wieder und die Dichter wählen ihn zum Märtyrer ihrer Trauerspiele. Aber wie viele Unschuldige kommen in den Flüssen, auf den Landstraßen, in den Bergwerken und selbst in den Werkstätten um, zermalmt unter dem gefräßigen Zahne der Maschinen, dieser gigantischen Tiere, die einen Menschen ohne sein Wissen packen und ihn unter Deinen Augen vernichten, ohne daß Du ihm Hilfe bringen könntest. Gleichwohl entlockt Dir ihr Tod kaum einen Schreckensruf, Du gehst vorüber und einige Schritte weiter denkst Du nicht mehr daran, beim Essen mit Deiner Frau davon zu sprechen. Am folgenden Tage verscharrt ihn die Zeitung in einem Winkel ihres Blattes; sie bestreut ihn mit einigen Zeilen plumper Prosa und alles ist zu Ende! Weshalb diese Gleichgiltigkeit gegen den einen und diese Ueberfülle von Mitleid mit dem andern? Weshalb bei dem Tode des einen mit einer Schelle und bei dem Tode des andern mit der großen Glocke läuten? Ist denn ein Richter, der sich irrt, ein schrecklicherer Unfall, als ein Eilwagen, der umstürzt oder eine Maschine, die in Unordnung gerät? Bilden die in meinem Sinne Unschuldigen in der Gesellschaft nicht eine ebenso große Lücke, wie die Deinigen? Lassen sie nicht ebenso wie die Deinigen ein Weib als Witwe und Kinder als Waisen zurück?

„Sicherlich ist es nichts angenehmes, für einen anderen auf das Schaffot zu gehen, und würde das mir, der ich zu Euch rede, widerfahren, so würde ich mich gewaltig dagegen sträuben; allein was hat das wenige Blut, welches der Henker vergießt, in Bezug auf die Gesellschaft zu bedeuten? Nicht mehr als der Tropfen, der aus einem Wasserbehälter rinnt, als die Eichel, die von der Eiche fällt. Ein von einem Richter unschuldig Verurteilter ist eine Folge der Gerichtseinrichtung, wie der Fall eines Dachdeckers von einem Hause die Folge davon ist, daß der Mensch sich von einem Dache zu ernähren sucht. Auf tausend Flaschen, die ein Arbeiter füllt, zerbricht mindestens eine; auf tausend Urteilssprüche, die ein Richter fällt, muß einer mindestens verkehrt sein; es ist dies ein vorhergesehenes, notwendiges Uebel, gegen welches es kein anderes Abhilfsmittel geben könnte, als alle Gerichtsbarkeit aufzuheben. Denke Dir, eine alte Frau verlese Linsen: was würdest Du wohl von ihr sagen, wenn sie aus Furcht eine gute auf die Erde zu werfen, allen Abgang behielte? Verhielt es sich nicht ebenso mit einem Richter, der aus Furcht einen Unschuldigen zu verurteilen, zehn Schuldige freisprechen würde?"

„Ferner ist die Verurteilung eines Unschuldigen sehr selten: sie macht in den Jahrbüchern der Gerichtswelt Epoche. Es ist fast unmöglich, daß gegen einen Menschen ein zufälliges Zusammentreffen von Umständen stattfinden sollte, die ihn in unwiderlegbarer Weise verdächtigen. Aber selbst wenn es so sein sollte, behaupte ich, daß in der Haltung eines Angeklagten, in seinem Blicke, in seinen Geberden, in dem Tone seiner Stimme Elemente eines überzeugenden Beweises liegen, dem sich der Richter nicht entziehen kann. Sodann ist der Tod eines Unschuldigen nur ein privates Unglück, während die Freisprechung eines Schuldigen ein öffentliches Unglück ist. Der Verbrecher lauscht an der Türe Deiner Gerichtssäle; er weiß, was vorgeht, er berechnet die Aussichten auf Rettung, die ihm Deine Nachsicht gewährt, er klatscht Dir Beifall, wenn er Dich aus übertriebener Rücksicht einen Schuldigen freisprechen sieht, denn ihn selber sprichst Du frei. Das Recht soll freilich nicht zu streng sein, ist es aber zu nachsichtig, so verzichtet es, so annulliert es sich selber. Sobald die zum Verbrechen prädestinierten Menschen sich ihren Instinkten ohne Furcht überlassen, so sehen sie in ihren Träumen nicht mehr das unheilvolle Gesicht des Henkers; zwischen ihnen und ihren Opfern gibt es kein aufgeschlagenes Schaffot mehr; sie nehmen Dir Dein Geld, sobald sie es gebrauchen, und Dein Leben, sobald es ihnen störend wird. Du klatschest Dir Beifall, ehrliche Seele, weil Du einen Schuldigen vor dem Beile gerettet hast! . . . aber Du hast zwanzig durch den Dolch dem Tode überliefert: neunzehn Mordtaten bleiben auf Deiner Rechnung."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219031111-16/fragment/page=0002
DFG

Ausland.

Belgien. Die nächsten Parlamentswahlen finden im Mai nächsten Jahres statt. Aus der Kammer scheiden insgesamt aus 81 Deputierte. Hiervon entfallen auf die Klerikalen 42, die Liberalen 13, die Radikalen 1, Dissidenten 1 und die Sozialisten 24. Die letzteren beginnen bereits, sich für die Wahlen zu rüsten.

Italien. Selbstmord eines Ministers. Der Finanzminister Rosano (siehe gestrige Notiz unter Italien). hat sich in Neapel erschossen. Ueber den Selbstmord wird gemeldet: Der gegen Geld freigelassene Bezurteilte war Bergamaschi selbst. Giolitti hatte am Sonnabend eine Unterredung mit Rosano und ersuchte ihn, sich gegen die peinlichen Anklagen zu rechtfertigen. Rosano versprach das und reiste nach Neapel, um womöglich die Sache aus der Welt zu schaffen. Statt dessen veröffentlichte Bergamaschi, der einer angesehenen Familie angehört, die Angelegenheit in allen ihren Phasen im Blatt Roma und gab sogar den Wortlaut der Geheimbillette wieder, die ihm der damalige Abgeordnete Rosano und dessen Schwiegersohn Marquis Ferri ins Gefängnis einschmuggelten. Ein Billett Rosanos besagte, die Summe, die Bergamaschis Familie anbiete, sei zu gering.

Der Gesamtparteitag der östreichischen Sozialdemokratie

ist am Montag in Wien zusammengetreten. Aus dem Bericht der Gesamtvertretung die sich auf eine Periode von zwei Jahren erstreckt, heben wir hervor: Die zwei Jahre seien nicht, wie frühere Perioden, durch dramatisch lebhafte, politische Ereignisse ausgezeichnet. Oestreich sei in dieser Zeit nur noch weiter in in den Sumpf geraten. Die kulturelle Entwickelung werde durch das Fehlen einer geordneten Staatsmaschinerie gehemmt. Der Kampf der Nationen könne nicht zu einem Frieden gebracht werden, ohne das radikale, rücksichtslose Aufräumen mit den feudalen Kronlandsinstitutionen. Nur nachdem diese zerbrochen, könne die Autonomie der Nationen aufgebaut werden, die den Völkern freie Entwickelung, dem Staate jenen Gleichgewichtszustand gewähren könne, der sein politisches Leben erst ermöglicht. Diese notwendige Umwälzung könne aber nicht bewerkstelligt werden ohne die Demokratie. Die Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei also nicht nur eine notwendige Lebensbedingung des Proletariats, sondern ebenso eine lebensrettende Operation für den Staat.

Die Vielsprachigkeit in Oestreich habe die Partei nicht gehindert, in allen Reichsfragen in voller Einmütigkeit vorzugehen. Neben der Agitation in Versammlungen und durch Flugschriften komme immer mehr die Agitation durch die Parteipresse zur Wirksamkeit. Die Partei verfügt z. Z. über 6 Tageblätter, wovon 2 deutsch, 2 tschechisch, 1 polnisch und 1 italienisch ist, sodann über eine große Anzahl von Wochen- und Halbmonatsblättern, die immer mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen. In die Berichtsperiode fallen auch die Landtagswahlen in einigen Kronländern, in welche die Partei überall eingegriffen hat. Die Einzelberichte geben ein anschauliches Bild von der vielseitigen Tätigkeit der nationalen Organisation und lassen mit Genugtuung aussprechen, daß die Partei überall politisch auf dem Vormarsch begriffen ist. Dasselbe läßt sich auch von der gewerkschaftlichen Organisation sagen. Schließlich sei noch kurz festgestellt, daß die Frauenorganisation festere Gestalt anzunehmen beginnt und daß sich erfreuliche Ansätze zu einer systematischen Erziehung der jugendlichen Arbeiter zeigen und daß ferner auch damit begonnen wird, die Organisation der Konsumenten in die Wege zu leiten.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 9. November 1903, nachmittags 4 Uhr.
Vorsteher: Prof. Dittenberger.

Auf Ersuchen des Vorstehers erhebt sich die Versammlung zu Ehren des verstorbenen Stadtverordneten Zimmermeister Paul, der mit Treue und Pünktlichkeit stets den Interessen der Allgemeinheit gedient habe, von ihren Plätzen. Entschuldigt ist u. a. der Stadtv. Osterburg. Eine Petition, die sich auf eine projektierte Straße bezieht, wird der Baukommission überwiesen. Eine Petition der Frau Pauline Schmidt geb. Mary wird auf 4 Wochen zurückgelegt. Eine andere Petition, betr. Schwierigkeiten mit der Wasserleitung, wird der zuständigen Kommission überwiesen. Die Petition wegen Ankaufs eines Grundstücks Ecke Kuttelhof — die Versammlung hat den Ankauf bereits wegen zu hohen Preises abgelehnt — wird als erledigt erklärt. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26. Oktober wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Der Bericht über den Stand und die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Halle 1902/03 liegt gedruckt vor und wird vom Oberbürgermeister Staude zum Studium empfohlen. Weil die endgültigen Kassenabschlüsse abgewartet worden seien, sei der Bericht später als sonst erschienen. Nächstes Jahr werde man die Sache noch mehr beschleunigen. Mit Befriedigung spricht Herr Staude von den „gesunden Verhältnissen" in der städtischen Verwaltung und von den Anstalten. Ende März 1903 habe das Gesamtvermögen der Kämmereikasse 8 632 058 M. betragen, das sei gegen das Vorjahr ein Mehr von 148 210 M. Hier und da sei früher bemängelt worden, es wären Vermögensstücke zu hoch eingeschätzt worden. Diese Bedenken seien unbegründet. Der Magistrat werde sich nichts in die Tasche lügen. Sei vielleicht ein Objekt zu hoch, dann sei ein anderes Objekt vielleicht zu niedrig geschätzt. Wenn später einmal eine gründliche Neuschätzung stattfinden wird, dann werde sich herausstellen, daß eher zu niedrig, als zu hoch abgeschätzt worden ist. Im letzten Rechnungsjahre habe man „Gott sei Dank" einen Reinüberschuß von 209 000 M. erzielt. Die letzte Einwohnerzählung habe ergeben, daß gegenwärtig 181 658 Personen in Halle ansässig sind, das bedeute eine Zunahme von 2184 Personen gegen das Vorjahr.

2. und 3. Ohne Diskussion wird die Entlastung der Rechnung über das Baukonto des Riebeckstifts erteilt und die erforderliche Nachbewilligung ausgesprochen. Stadtv. Thiele: Nach mir gewordener Information kostet im Durchschnitt des gesamten Bauaufwands im Riebeckstift jedes Zimmer 500 Mk. Miete. Eine so teure Bauausführung ist nicht zweckmäßig. Für das Geld hätte man der doppelten Zahl der 90 Pensionäre Unterkunft verschaffen können. Gewiß möge man hübsche schmucke Gebäude errichten, aber ohne überflüssigen Prunk. Stadtv. Grote gibt dem Vorredner recht, doch entspreche die Ausführung der letztwilligen Verfügung des Testators. — Die Mittel für Errichtung des abgebrannten Dachstuhls im Grundstück Leipzigerstr. 2 werden bewilligt.

4. Die Gründung von Exekutiv-Beamtenstellen bei der Polizei-Verwaltung führte zu längeren Auseinandersetzungen. Der Referent Stadtv. Klopfleisch empfiehlt die Magistratsvorlage. Schon bei der Feststellung des vorjährigen Etats sei die Notwendigkeit der Bildung eines neuen (VIII.) Polizeireviers bezw. der Ausstattung desselben mit 1 Kommissar, 2 Wachtmeistern und 21 Polizisten anerkannt worden. Man sei auch tatsächlich an dessen Ausbau herangetreten, da man sofort sieben der benötigten Polizistenstellen bewilligte und beschloß, je ein weiteres Drittel in den beiden folgenden Hauptplänen vorzusehen. Leider habe man aus finanziellen Gründen im Etatsjahr 1903 von der Einstellung des fälligen Drittels Abstand genommen und statt dessen in Aussicht gestellt, den gesamten Bedarf von 1 Kommissar, 2 Wachtmeistern und 14 Polizisten im Etatsjahr 1904 zu decken. Die Arbeit der Kommissare sei gestiegen; Hilfe sei notwendig, wenn die Beamten, die bereits an Nervosität litten, nicht unter der Last ihrer Arbeit erliegen sollten. Nach einer Verfügung des Ministers des Innern sollte auf je 800 Einwohner 1 Exekutivbeamter kommen. Eine Steuererhöhung wäre durch die Bildung des 8. Reviers nicht erforderlich. Die Finanzkommission sei für die Vorlage.

Stadtv. Thiele spricht in längeren Ausführungen gegen die Vorlage. Die Verfügung des Ministers könne nicht als maßgebend erachtet werden. Daß die Beamten durch die neue sozialpolitische Gesetzgebung mehr Arbeit bekommen haben, ist wohl richtig, man möge aber eine andere Arbeitseinteilung vornehmen. Eine Unmenge von Schreibereien könnte erspart bleiben. So fände man auch Zeit, im Süden der Stadt den vielen Klagen bezüglich Nichtbeachtung der Sozialgesetze abzuhelfen. Es kommt darauf an, wie die Kräfte der Polizei angespannt werden. Der Apparat ist zu kompliziert. Den Grund, es würden so viele Beamte nervös, sollte man lieber aus dem Spiele lassen. Es braucht nur an den früheren Kommissar Henze erinnert zu werden, der vor seiner Pensionierung so nervös sein sollte, daß er sozusagen dem Kollegium unter den Händen zu sterben drohte. Aber zwei Tage nach seiner Pensionierung nahm er eine andere Stelle an und heute erfreut er sich der vorzüglichsten Gesundheit. Der Magistrat begründet die Vorlage auch damit, im nächsten Jahr sei eine Steuererhöhung nicht notwendig. Sind wir denn schon so weit, daß wir froh sein müssen, wenn nicht jedes Jahr die Steuern steigen? Ist das achte Revier aus polizeitechnischen Gründen nötig, so mag man es bilden, aber aus Beamten der anderen Reviere. Die Gründung der neuen Stellen würde jährlich 32 000 Mark kosten, das sind fast 2 Proz. der Einkommensteuern. Das mag das Kollegium bei der Abstimmung bedenken.

Bürgermeister v. Holly beruft sich darauf, daß man vor zwei Jahren schon im Prinzip für das neue Revier gewesen sei. Die Vermehrung der Polizisten sei nach dem Ministerial-Erlaß ein gesetzlicher Zwang. Auf 800 Einwohner würde ein Polizist verlangt. Die Polizei in Halle sei nicht ungeschickt organisiert. Die Polizisten hätten täglich 12 Stunden Dienst, und die Kommissare wären mit Arbeiten überbürdet. Die Beamten hätten keinen freien Tag, sondern nur in jeder Woche einen freien Nachmittag. Jeder Arbeiter verlange seinen freien Sonntag.

Stadtv. Grote bestreitet, daß eine absolute Notwendigkeit zur Vermehrung der Exekutiv-Polizei besteht. Sollen wir uns denn schon besonders freuen, wenn für ein Jahr einmal keine neuen Steuern angekündigt werden? Die Wach- und Schließ-Gesellschaft trägt auch zur Entlastung der Polizei bei. Man kann ruhig noch ein Jahr warten.

Stadtv. Thiele: Der Ministerial-Erlaß, daß auf 800 Einwohner ein Polizist kommen solle, ist für uns nicht bindend. Er hatte auch mehr den Zweck, den Unteroffizieren, die mit einem Zivilversorgungsschein versehen sind, Stellungen zu verschaffen. Von den rund 11 600 Anzeigen, die voriges Jahr erstattet worden sind, betreffen die meisten kleine Uebertretungen der Verkehrsordnung, und fast 3000 nächtliche Ruhestörungen.

Bürgermeister v. Holly bestreitet, daß die Wach- u. Schließgesellschaft zur Entlastung der Polizei beitrage. Er wolle jenes Institut nicht verkleinern, aber es sei doch nicht so geordnet wie das Polizeiwesen. Die Auffassung, der Erlaß des Ministers wäre nur deshalb geschehen, um für die Leute mit dem Zivilversorgungsschein Stellen zu schaffen, sei wohl nur bei Herrn Thiele und seinen Genossen vorhanden. Daß von jener Seite anerkannt werde, es seien im vergangenen Jahre nicht so viel Anzeigen erstattet, freue ihn.

Stadtv. Bethcke tritt ebenfalls für die Vorlage ein. Der Magistrat verdiene einen Vorwurf, daß er früher nicht schon energischer für Vermehrung der Polizei eingetreten sei. Die Polizeiverwaltung habe man auch immer auf die lange Bank geschoben. Nehme man das Geld jetzt nicht zur Polizeivermehrung, dann werde sich schon etwas anderes finden, wo es drauf gehe, und dann sei das Geld weg und mehr Polizei habe man nicht.

Oberbürgermeister Staude: So unangenehm es ihm sei, einen Vorwurf zu erhalten, so berechtigt sei aber der Vorwurf des Vorredners, der Magistrat habe in diesem Punkte nicht seine Schuldigkeit getan. Er habe nicht geglaubt, daß diesmal außer den Sozialdemokraten ein Mitglied des Kollegiums gegen die Polizeivermehrung sprechen würde. Das möchte er hier in öffentlicher Sitzung erklären.

Der Vorsteher Dittenberger regt die Frage der königl. Polizei an. Früher sei einmal diesbezüglich Auskunft verlangt worden. In gewissen Kreisen inkliniere man für königliche Polizei; aber die durchschlagenden Gründe dagegen prüfe man nicht. Welche Reibungen würden im Bauwesen etc. entstehen?

Justizrat Glimm erklärt, trotzdem der Oberbürgermeister glaube, außer den Sozialdemokraten werde niemand gegen die Vermehrung stimmen, habe er sich nicht von der Notwendigkeit der Vermehrung überzeugen können. Er werde dagegen stimmen.

Stadtv. Krüger weist darauf hin, daß bei vielen Gelegenheiten gesagt werde, durch die Erhöhung der Steuern würden die Leute hier von der Stadt weggetrieben. Wenn in diesem Jahre ein Ueberschuß erzielt worden sei, so sei das sicher nicht auf die Maßnahmen des Magistrats zurückzuführen. Wäre an gewissen Stellen noch mehr gespart worden, dann hätte vielleicht schon die letzte Steuererhöhung vermieden werden können. Man mache immer Schulden, denke aber nicht daran, abzutragen. Was man hier für die Polizei verwenden wolle, könne man ganz gut zu Pflasterarbeiten verwenden.

Nachdem Stadtv. Grote nochmals gegen die Vorlage, Stadtrat Richter recht warm dafür und Stadtv. Klopfleisch ebenfalls dafür gesprochen hatten, wird die Vorlage mit einer ziemlichen Majorität abgelehnt. Nur 18 Stadtverordnete hatten sich dafür erhoben.

5 die Gründung von Lehrerstellen bei den Mittelschulen, den evangelischen und katholischen Volksschulen wird beschlossen.

9 und 10. Zugestimmt wird der Nachbewilligung für Vertretungsstunden an den Mittelschulen; — desgleichen der Nachbewilligung für Arbeitshilfe im Bureau und Magazin des Leihamts-Haushaltsplanes.

11 zur Beleuchtung des Kaiserplatzes bis abends 7 Uhr werden die erforderlichen Mittel bewilligt. Die Stadtverordn. Krüger, Thiele und Reise traten für Beleuchtung bis 9 Uhr abends ein, was aber mit 23 gegen 16 Stimmen abgelehnt wurde.

12 bis 15. Genehmigt wurde der Final-Abschluß der städtischen kaufmännischen Fortbildungsschule für 1902 und der der allgemeinen Fortbildungsschule für dasselbe Jahr. Die erforderlichen Nachbewilligungen wurden ausgesprochen. — Die Neu-Wahl von Mitgliedern zur Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission wird nach den gemachten Vorschlägen vollzogen. — Stadtv. Thiele regt bei dieser Gelegenheit an, die Kommissionen möchten doch zukünftig bei den Personen, die vorgeschlagen würden, anfragen, ob sie bereit wären, dieses Amt anzunehmen. Dadurch könnte viel Arbeit erspart werden. — Eine Schenkung zur Begründung eines Robert Franz-Museums wird angenommen.

17. Die Vereine für Feuerbestattung haben beschlossen, an das Abgeordnetenhaus die Bitte zu richten, das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, die zur Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen erforderlichen gesetzgeberischen Maßregeln zu treffen. Der Referent Stadtv. Dr. Baumert ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die städtischen Behörden sich dieser Petition anschließen. Stadtv. Bethcke wünscht, die Petition einer Kommission zur Vorberatung zu überweisen. Hiergegen meldeten sich die Stadtverordneten Kohlschütter und Thiele, die allerdings bezweifeln, daß die Petition vor dem Abgeordnetenhause Erfolg haben werde. Allerdings sei die Petition leider nicht eingehend genug begründet. Die Versammlung stimmte der Petition mit großer Majorität zu.

18. Der Antrag wegen Schaffung einer Verbindung zwischen Fichte- und Friedenstraße wurde von dem Stadtv. Emmer begründet. Schon vor Jahresfrist habe man eine solche Verbindung im Interesse der dortigen Einwohner für notwendig gehalten. Der Weg sei nachts dort sehr gefährlich und die Verbindung würde der gesamten Giebichensteiner Bürgerschaft zu gute kommen. Baurat Genzmer habe seinerzeit schon ein diesbezügliches Versprechen abgegeben. Dieses möge man nun einlösen. Die Sache werde nur geringe Kosten verursachen. Es liege ein bedeutendes Verkehrsinteresse vor.

Oberbürgermeister Staude sagt, er wolle gern alles tun; es müßten aber Schwierigkeiten überwunden werden. Der Baurat werde sich der Sache mit Eifer annehmen. — Das Kollegium nahm den Antrag mit großer Majorität an.

19. Der sozialdemokratische Antrag, die Versammlung wolle beschließen:

> Der Magistrat wird ersucht, bei Vergebung von städtischen Arbeiten die Bedingung zu stellen, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, die von den Arbeitnehmern geforderten, beiderseitig vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen und bei Ausführung der Arbeiten einzuhalten,

wurde gleichfalls von dem Stadtv. Emmer begründet. Wolle die Versammlung für den Mittel- und Arbeiterstand einmal ein gutes Werk tun, so möge sie diesen Antrag annehmen. Das Submissionswesen liege sehr im argen und drücke ebenso die Unternehmer wie die Arbeiter. Je niedriger die Löhne sind, um so weniger können die Arbeiter Steuern zahlen. Die Submittenten müssen und sollen wissen, daß sie mit bestimmten Löhnen der Arbeiter zu rechnen haben. Unterbietungen könnten auf solche Weise vermieden werden. Durch Annahme des Antrags würden die Arbeiter mit den Unternehmern viel besser in Fühlung gehalten. Berlin und Leipzig wären diesbezüglich schon mit einem guten Beispiel vorangegangen, und der Dresdener Arbeitgeberbund habe anerkannt, daß auf diesem Gebiet etwas Ersprießliches geleistet worden ist. Das Kollegium möge den Antrag annehmen.

Oberbürgermeister Staude hält es nicht für empfehlenswert, daß sich das Kollegium in solche Dinge einmische. Es könnten gute und schlechte Konjunkturen kommen, und darnach richte sich auch der Lohn. Die Unternehmer würden ev. auch nicht bloß mit einzelnen Gewerkschaften sondern sogar mit dem Gewerkschaftskartell zu tun bekommen. Dieses sei aber nicht bloß eine Wirtschaftsorganisation, an deren Spitze etwa ein ausgezeichneter Arbeiter steht, sondern eine politische Organisation, an deren Spitze kein Arbeiter sondern der Stadtverordnete Thiele steht.

Stadtv. Krüger: Der Oberbürgermeister hat heute schon einmal, aber ohne Erfolg, den roten Lappen geschwenkt. Der Oberbürgermeister in Worms hat sich über die beregte Frage entgegengesetzt ausgesprochen wie Herr Staude. Redner weist durch verschiedene Beispiele zahlenmäßig die Haltlosigkeit des jetzigen Submissionsweisens nach. Durch Annahme des Antrages könnte vieles gebessert werden. Der Antrag werde etwas Ruhe und Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern bringen. Und das sei auch den Antragstellern viel wert. In Ruhe kann die Arbeiterschaft viel besser wirken, als bei Streiks ꝛc. Durch den Antrag wird auch den Unternehmern ein Vorteil geboten; dieser Umstand halte aber die Antragsteller nicht durch denselben zu stellen. Als seinerzeit der Antrag bezüglich der Buchdrucker, städtische Arbeiten nur in tarifreuen Druckereien anfertigen zu lassen, beraten wurde, habe man ähnliche Einwendungen gemacht. Nachteile haben sich aber nicht herausgestellt.

Stadtv. Thiele legt dar, daß der Antrag nichts weiter als die Beseitigung der anarchistischen Zügellosigkeit verlange. Auf den Arbeiter werde, wenn man sich unterbeten habe, nachher alles abgeladen. Und verlangt man Abhilfe, dann sagt man, das sei sozialdemokratisch, um den Antrag zu Falle zu bringen. Die Antragsteller sind in Wahrheit die einzige Ordnungspartei, denn sie wollen den wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle beseitigen und Ordnung hineinbringen; die Besitzenden wahren und erweitern ihre Rechte; dem Arbeiter will man nicht einmal das Recht auf Existenz sichern. Um ihn zu drücken, bringt man ausländische Arbeiter herein, die ihn unterbieten. Was Herr Staude vom Gewerkschaftskartell sagte, trifft nicht zu. Allerdings habe ich an sieben Jahre das Kartell geleitet und ich rechne es mir als Verdienst an, wenn es mir in dieser Zeit gelungen ist, die Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln und zu fördern. Bereits seit einem halben Jahre steht der von Herrn Staude gewünschte „ausgezeichnete Arbeiter" an der Spitze des Gewerkschaftskartells in der Person des Arbeiter-Sekretärs Güldenberg. Wer gerecht denkt, muß für unseren Antrag stimmen, wie Sie sich auch werden nach und nach gewöhnen müssen, den Anregungen der Sozialdemokraten zu entsprechen.

Der Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen Stadtverordneten abgelehnt und hierauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Zum Kindesunterschiebungs-Prozeß.

In der Sitzung am Montag bestätigt der Zeuge, Gutspächter Schmidt, daß der angeklagte Graf gelegentlich gesagt habe, er sei der letzte Graf Kwilecki. Der Angeklagte bestreitet dies nochmals. Frau Schmidt bestätigt die Darstellung ihres Gatten. Ein Hotelbesitzer aus Wronke bestätigt gleichfalls, daß der Graf ihm gegenüber erklärt hätte, ich hätte nichts dagegen, wenn der Junge tot wäre. Ferner erzählt der Administrator Stutzinski, daß die Gräfin, als sie in der Rendantur von dem Kassenbeamten kein Geld erhalten konnte, gesagt habe, dann muß ich mir ein Kissen vor den Leib binden. Allerdings habe er diese Aeußerung anfangs nur als einen Scherz aufgefaßt. Frau Kaczek behauptete, wie frühere Zeugen, daß die alte Andruczewska am 27. Januar 1897 nicht verreist gewesen sei. Sie habe stets ihr Mittagessen von der alten A. in der Küche zugeteilt erhalten. Von der Verteidigung wird noch beantragt, eine Masseurin zu vernehmen, welche die Gräfin nach der Geburt im Februar 1897 massiert habe, um die infolge der Geburt eingetretenen Schwellungen zu beseitigen. Nach der Pause beschließt der Gerichtshof, eine Kommission von Medizinern und Malern einzusetzen, um die Aehnlichkeit zwischen dem älteren Sohn der Meyer und dem angeblichen gräflichen Knaben zu untersuchen. Hierauf erklärt die Zeugin Kaczek trotz aller Vorhaltungen des Präsidenten, daß die Andruczewska um die Zeit des 27. Januar nicht verreist gewesen sei. Einem Schneidermeister Perzinski, der ebenfalls als Zeuge geladen, hat ein Mann aus Wrobleno angedeutet, daß die Gräfin ihren Körperumfang künstlich verändert habe. Das Kind stamme von der Komtesse, die einmal mit dem Administrator verlobt gewesen sei. Alsdann wird eine Gruppe von Zeugen vernommen, die über die Vorgänge in Krakau aussagen. Der Sohn der Hebamme Kraczinska schildert die Vorgänge, wie es Hechelski getan. Er selbst habe dem Hechelski noch Anhaltspunkte für weitere Nachforschungen gegeben. Zeugin Kozaczyk, Schwester der Frau Meyer, sagt aus, daß ihre Schwester ihr gestanden habe, den Knaben an eine Gräfin verkauft zu haben. Sie hätte 100 Gulden dafür erhalten. Dies sei im Jahre 1897 gewesen. Frau Kuret, gleichfalls eine Schwester der Meyer, bestätigt die Aussage der Vorzeugin. Auch ihr gegenüber habe dieselbe erzählt, daß sie das Kind für 100 Gulden an eine fremde Gräfin verkauft habe. Die Weggabe des Kindes sei am 22. bis 24. Januar 1897 erfolgt. Auch mehrere andere Zeugen bestätigen den Vorgang. Hierauf wird die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Fette in Halle.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219031111-16/fragment/page=0003

Ortskrankenkasse für das Zimmergewerk
zu Halle a. S.

Mittwoch den 18. November vormittags 11 Uhr

ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl des Rendanten. 2. Wahl des Vorstandes, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. 3. Wahl zweier Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 4. Kassenangelegenheit.

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse III Weissenfels.

Zu der am **Mittwoch den 18. November in der „Zentralhalle"** stattfindenden

Vertreterwahl

werden die Herren Arbeitgeber und Mitglieder hierdurch eingeladen.

Wahl der Arbeitgeber von 5—6 Uhr (52 Vertreter).
" " männlichen Vertreter von 4—6 Uhr (67 Vertreter).
" " weiblichen " " 4—6 (49 ").

Anträge zu der am 22. November stattfindenden **General-Versammlung** sind bis zum 13. November beim Unterzeichneten einzureichen.

Louis Gelling, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der Tischler u. vereinigt. Kassen Zeitz.

Am Sonntag den 22. November nachmittags 3 Uhr findet im **„Stadtgarten"** die statutengemäße

General-Versammlung

statt, wozu etwaige Anträge oder Beschwerden bis Donnerstag den 12. Nov. beim unterzeichneten Vorsitzenden schriftlich einzureichen sind.

Der Vorstand. Otto Köhler, Vorsitzender.

Konsumverein für Streckau und Umgeg.
E. G. m. b. H.

Mittwoch den 18. Nov. cr. nachm. ½3 Uhr im Gasthof „Glück auf" in Streckau

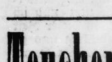
ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes über dessen Geschäftsführung.
4. Anträge.
5. Geschäftliches.

Anträge müssen vier Tage vor der Generalversammlung schriftlich beim Vorstand eingereicht sein.

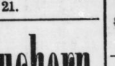
Der Vorstand.
Albin Gabler. Franz Nitsche. Robert Erdmenger.

Fischers Restaurant, Inh. Hugo Haase
Mansfelderstraße 11.



Mittwoch den 11. Nov.

Erstes Schlachtefest.



Früh 8 Uhr Wellfleisch. Abends div. Wurst und Suppe. Wurst auch außer dem Hause. Hierzu ladet höflichst ein Der Obige.

Sozd. Reichstags-Fraktion 1903—1908.

Gruppenbild. 77 × 57.

Preis 60 Pfg., nach außerhalb per Post Stück 90 Pfg.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

Teuchern. Teuchern.

Vorteilhafte Einkäufe

in: **Winter-Ueberziehern, Herren-, Burschen- und Knaben-Anzügen, Hosen, Westen, Joppen,** für Sonntag und Woche: **Strickwesten, Winter-Unterkleidung** aller Art; **Barchenten** für **Röcke, Hosen, Jacken** und **Hemden, fertigen Barchenthemden** verschiedener Qualitäten und Größen, **fertigen Röcken u. Jacken,** wollenen **Chemisetts, Strümpfen, Socken, Halstüchern, weißer Wäsche, Schlipsen, Hosenträgern, Kopftüchern, Wollgarnen, Damen-Schneiderei-Artikeln u. Futterstoffen, Erstlings-Mützchen und Häubchen** u. dergl. ähnl. Bedarfsartikeln bietet jederzeit bei größerer Auswahl u. niedrigsten Preisen, unter Zusicherung reellster Bedienung

Carl Christ, Ostenstrasse 1

Eingang: Ecke Pegauerstrasse.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Illustrierte

Weltgeschichte
für das Volk,

unter besonderer Berücksichtigung der Kulturentwickelung.

Dargestellt von **J. G. Voigt.**

Preis pro Heft 10 Pf. **Vollständig in 241 Heften.**

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung.**

Stadt-Theater in Halle a. S.
Direktion: H. Richards.

Mittwoch den 11. November 1903
60. Ab.-V. 4. Viert. Beamtenk. giltig.

Ein Maskenball.

Donnerstag: **Wallensteins Tod.**

Neues Theater
Direktion E. M. Mauthner

Mittwoch den 11. November abends 8½:
Das große Geheimnis.
Donnerstag: **Der Salontyroler.**

Walhalla-Theater.
Direktion: **Richard Hubert.**

Allabendlich m. durchschlagend. Erfolg das große

Pracht-Programm.

Henry de Vrys
lebende Kolossal-Reliefs und Marmorgruppen.

Neue Serie.

Die größte künstlerische Neuheit auf diesem Gebiete.

Anna und Sigmund
Linné,
das unvergleichliche Duettistenpaar und weitere **7 Glanznummern.**

Apollo-Theater.
Direktion: **Gustav Poller.**
Am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.

Artur Mortonellos
Enthauptung einer lebend. Dame.

Die **größte französische Illusion,** ohne Spiegel u. Lichteffekte.

Die Vorführung, die auf einer geschickten Täuschung beruht, wird in humoristischer Form vorgeführt u. wirkt in keiner Weise erschreckend.

Die weltberühmten
3 Hegelmanns
der bedeutendste Lustakt der Welt.
8 Germanias
Damen-Verwandlungs-Tanz- und Gesangs-Ensemble.
Barowsky-Trio,
einzig erst. kom. Akrobaten, genannt:
„Die Bauernjungen im Walde."
Walter Steiner,
Humorist m. j. Original-Repertoir.
Allabendlich stürm. Erfolg!

Welt-Panorama, Gr. Ulrichstr. 61
nachm. 2-10 Uhr
Schweden u. Norwegen, Nordlandfahrt.

Jeden Mittwoch
Schlachtefest.
Oskar Heller
Steinweg 32.
Telephon 2179.

Tabakpfeifen.
Lange Weichselpfeifen, Haus-Shag- u. Arbeitspfeifen empfiehlt in größter Auswahl billigst
E. Karras jun.,
Stock- u. Pfeifen-Lager, Leipzigerstraße 4.

Kürschners
Deutscher Reichstag 1903—1908.

Biographisch-statistisches Handbuch mit Photographien sämtlicher Abgeordneten.

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

Möbelfabrik u. Magazin
31 Fleischerstraße 31.

Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel- und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.

H. Bergmann, Tischlermstr.

Förderung und Schutz
gewerblicher und Handels-Interessen, Naterteilung sachgemäß, diskrete Vermittlung, außergerichtl. Vergleiche, besond. Akkords in Zahlungsschwierigkeiten.

Besser ein magerer Vergleich, als ein fetter Prozess.

Grundstücks-, Geschäftsverkäufe, Besorgung von Bürgen, Sozien, Kapitalien, Uebernahme von Geschäften, Finanzierungen und Verwaltungen jeder Art, Vertretungen von Versicherungsgesellschaften, Einrichtung und Revision von Geschäftsbüchern.

Zur Rücksprache besuchen wir auf Wunsch persönlich.

Meyer & Co., Halle. Leipzigerstrasse 53.

Sunlight Seife

Unübertroffen
In Reinigungskraft,
Sparsam
im Gebrauch,
Ausgiebig
in der Verwendung.

Dies ist auch der Grund für ihre allgemeine Beliebtheit.

Soeben erschien:

Schutz gegen Krankheitsgefahr!

Von
Dr. J. Zadek und **Dr. A. Blaschko.**

Preis 20 Pf. 5. Auflage. **Porto 3 Pf.**

In gemeinverständlicher Form haben die beiden Verfasser an der Hand vieljähriger ärztlicher Erfahrung zusammengestellt, wie sich der Einzelne gegen ansteckende Krankheiten schützen kann und wie sich namentlich der Arbeiter bei derartigen Erkrankungen verhalten soll. Das lehrreiche Schriftchen sollte sich jeder Arbeiter kaufen.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Arbeiter und Handwerker von Teuchern und Umgegend, kauft Eure Kleidungsstücke nur im

Kaufhaus Teuchern,
Markt 9, dem kgl. Amtsgericht gegenüber.

Einzigstes Spezialhaus
für bessere Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben am Platze.

Reelle Bedienung. Billige Preise.

Staunend billig!

Neues Plüschsofa 48 M., Stoffsofa 88 M., Kleiderschrank 19 M., Vertikow 85 M., Sofatisch 8½ M., Rohrsitzstühle 8¼ M., Spiegel 8½ M., Bettstellen mit Matr. 19 M., Kommod., Waschtische, Küchenmöbel, Federbetten, Ober- u. Unterbett und Kissen nur 14 M.

Siegm. Rosenberg,
Geiststrasse 21, I Treppe.

Süddeutscher
Postillon
Nr. 23.
Preis 10 Pfg.

ist erschienen und zu beziehen durch die Austräger und die

Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Trumeau, Salonausziehtisch, Stegtisch zu verk. **Leitergasse 1, I.**

Bau- und Möbel-Tischlerei
Heinrich Krull
Schwetschkestraße 32
empfiehlt sich zur Anfertigung aller ins Fach schlagenden Arbeiten.

Reichhaltiges Sarg-Magazin.

Särge in allen Größen u. Preislagen sind stets auf Lager.

Von heute an:
ff. Siedewürstchen Paar 10 Pfg.
" " " 20 "
" **Regensburger** " 25 "
" **Polnische Wurst** Pfd. 70 "
" **Knoblauchswurst** " 70 "

Wurstfabrik B. Kirchner,
Olearius straße 13.

Papier- und Pappenabfälle
kaufen jeden Posten
Kl. Brauhausstr. 20.

Zigarrenarbeiter
für Hausarbeit ges. **Merseburgerstr. 33.**

Ansichtspostkarten
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Geiststr. 21.**

Todesanzeige.

Sonntag früh starb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Handelmann

Wilh. Lehmann.

Um stilles Beileid bittet
Wilhelmine Lehmann
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt. Versammlung im Trauerhause, Körnerstraße 6.

Für die uns im reichsten Maße erwiesene Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes

W. Taube

sagen allen allen denen, die ihn zur letzten Ruhe begleiteten, sowie für die überaus reichlichen Kranzspenden aufrichtigen Dank. Auch vielen Dank dem Gesangverein Sängerchor für den Gesang am Grabe.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Fahrplan für das Winterhalbjahr 1902/1903.

Elektrische Straßenbahn Halle-Merseburg.

ab Halle			5 30	6 00	6 30	7 00		7 30		8 00	u. s. w. in Zwischenräumen von 15 Minuten bis abends 8 00 Uhr	8 00	8 15	8 30	8 45	9 15	9 45	10 15	10 45	11 15		Nur Mittwochs und Sonntags während der Theatersaison in Halle.
" Rosengarten			5 42	6 12	6 42	7 12		7 42		8 12		8 12	8 27	8 42	8 57	9 27	9 57	10 27	10 57	11 27		
" Ammendorf	4 35	5 25	5 50	6 20	6 50	7 20	7 35	7 50	8 05	8 20		8 20	8 35	8 50	9 05	9 35	10 05	10 35	11 05	11 35		
" Schkopau	4 45	5 40	6 00	6 30	7 00	7 30	7 45	8 00	8 15	8 30		—	8 45	—	9 15	9 45	—	10 45	—	11 45		
an Merseburg	5 00	5 55	6 15	6 45	7 15	7 45	8 00	8 15	8 30	8 45		—	9 00	—	9 30	10 00	—	11 00	—	12 00 S		
Nur Wochentags																						

Elektrische Straßenbahn Merseburg-Halle.

ab Merseburg		5 05		6 00	6 30	7 00		7 30		8 00	u. s. w. in Zwischenräumen von 15 Minuten bis abends 8 00 Uhr	8 00	8 15	8 30	8 45	9 15	9 45	10 15	11 15	12 00 S		Nur Mittwochs und Sonntags während der Theatersaison in Halle.
" Schkopau		5 20		6 15	6 45	7 15		7 45		8 15		8 15	8 30	8 45	9 00	9 30	10 00	10 30	11 30	12 15 S		
" Ammendorf		5 35	6 00	6 25	6 55	7 25	7 40	7 55	8 10	8 25		8 25	8 40	8 55	9 10	9 40	10 10	10 40	11 40	12 25 S		
" Rosengarten	5 08	5 38	6 08	6 33	7 03	7 33	7 48	8 03	8 18	8 33		—	8 48	—	9 18	9 48	10 18	10 48	—	—		
an Halle	5 18	5 50	6 20	6 45	7 15	7 45	8 00	8 15	8 30	8 45		—	9 00	—	9 30	10 00	10 30	11 00	—	—		
Nur Wochentags																						

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219031111-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 264 — Halle a. S., Mittwoch den 11. November 1903. — 14. Jahrg.

Aerzte und Krankenkassen.

Wie in so vielen Orten, so ist auch jetzt in Zeitz eine Differenz zwischen den Aerzten und den Krankenkassen entstanden. Wir erhalten hierüber folgenden Bericht:

Eine am 8. November abgehaltene öffentliche Versammlung im Preußischen Hof nahm Stellung zu den Differenzen der Krankenkassen mit den Kassenärzten. Der Referent, Genosse Gerhardt, erläuterte zunächst die allgemeinen Forderungen der deutschen Aerzteschaft überhaupt. Er führte aus, daß es keinem Stand verübelt werden könne, wenn dieser bestrebt ist, seine Lage zu verbessern. Aber ein Unterschied müsse gemacht werden, wenn von einer Seite Forderungen mit aller Macht durchgedrückt werden sollen, deren Erfüllung die andere Partei dem finanziellen Ruin anheimstelle. Er gab die Forderungen der Aerzte bekannt, welche von letzteren auf dem außerordentlichen Aerzte-Kongreß in Berlin aufgestellt sind, und kam zu dem Ergebnis, daß die meisten derselben viel zu weit gingen. Energisch müsse protestiert werden, daß Aeußerungen von seiten der Aerzte fallen, wie die des Herrn Dr. Hartmann-Leipzig: Der Aerzte-Stand habe es endlich satt, sich von Gesellen und Arbeitern Vorschriften machen zu lassen.

Wenn von seiten der Aerzte angeführt würde, daß ihr Stand proletarisiert werde, so sei dieses zwar zum Teil richtig, aber die Aerzte seien im Irrtum, solches auf die sozialpolitische Gesetzgebung zu schieben. Einzig und allein sei die rapide Zunahme der Zahl der Aerzte an der Proletarisierung derselben schuld. Das Statistische Amt des Deutschen Reiches weise nach daß seit 1885—1890 die Zahl der Aerzte von 15 764 auf 27 374, gleich 74 Prozent gewachsen sei, während die Bevölkerung Deutschlands von 1872—1890 nur um 38 Prozent gestiegen ist, von 1885—1890 nur um einige 30 Prozent; also die Zunahme der Aerzte die der Bevölkerung um das Doppelte übersteige. 1885 entfielen auf einen Arzt außerhalb der Kassenpraxis 2972 Einwohner, 1890 nur noch 2058 Personen, gleich 31 Prozent weniger. Weiter weist das Statistische Amt nach, daß 1885 auf jeden Arzt durchschnittlich 575 Mark Kassen-Honorar entfielen; im Jahre 1890 jedoch 1254 Mk. Bei dieser Sachlage könnte die Behauptung nicht aufrecht erhalten werden, daß die Aerzte von seiten der Vorstände gedrückt werden. Auch weist die Statistik noch nach, daß von 1893—98 das Honorar der Aerzte von 21,4 Mill. auf 29,1 Millionen gleich 36,3 Prozent gestiegen sei.

Hierauf erläuterte der Referent die Forderungen der hiesigen Aerzte an die Krankenkassen. Diese sind folgende:

Die Erhöhung der Pauschalsumme für ein Mitglied pro Jahr auf 3 Mark; diese soll nach kurzer Zeit auf 4 Mk. zu stehen kommen. Für Spezialsachen und Landbesuche extra Honorierung. Bei länger als 26wöchentlicher Behandlung besondere Bezahlung usw.

Die Vorstände der Kassen hatten sich sofort auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erhöhung des Honorars eintreten solle, und den Aerzten einen Satz von 2.50 Mk. angeboten, mit dem Hinweis, daß in dieser Summe die Spezialfälle mit enthalten sein sollten. Bei Landbesuchen für die Vororte solle 2 Mk., wie die Aerzte verlangen, gezahlt werden, mit der Einschränkung, daß, wenn mehrere Kranke an einem Orte sind, für den ersten 2 Mk., aber für jeden weiteren nur 1 Mk. gezahlt werden solle; die Aerzte verlangen jedoch für jeden 2 Mk., so daß unter Umständen für eine Leistung von wenigen Minuten 4, 6 resp. 8 Mk. zu zahlen wären. Auch verlangen die Aerzte besondere Honorierung bei Ueberweisung von anderen Kassen, während es doch nur recht und billig sei, daß dieses mit in der Pauschale enthalten wäre, da die Aerzte sich die Ueberweisung unserer Mitglieder an andere Kassen ohne Abzug der darauf entfallenden Pauschalsumme ruhig gefallen ließen.

Das Verhältnis zwischen den Vorständen und den Aerzten sei bis jetzt ein freundschaftlich-harmonisches gewesen, durch das provokatorische Vorgehen der Aerzte sei aber ein jäher Riß dazwischen gekommen. So sei z. B. in den Anschreiben an die Aerzte ausgedrückt worden, daß die Vorstände, wenn die Aerzte von den Anerbieten nicht befriedigt seien, sofort bereit seien, durch mündliche Aussprache eine Klarstellung herbeizuführen. Auf dieses Schreiben hin sei die Antwort eingelaufen, daß die Vorstände von jetzt an nur mit der Vertragskommission der Aerzte zu verhandeln hätten. Ein Schrei der Entrüstung würde erschallen, wenn Arbeiter einem Fabrikanten, welcher sagte, ich will eure Forderung zum Teil bewilligen, für die übrigen Punkte wollen wir eine gegenseitige Verhandlung herbeiführen, antworten wollten: „Ach was, wir verhandeln nicht mit Ihnen, wenden Sie sich an den Vorstand unseres Verbandes." Etwas anderes bedeute aber die Antwort der Aerzte an die Vorstände nicht.

Jedem Arbeiter müsse aber die Zornesröte ins Gesicht steigen, wenn die Vertragskommission, vertreten durch Herrn Dr. Herzau-Halle, zurückschreibe: „Sie geben Ihren Mitgliedern mehr, als die gesetzliche Mindestleistung; wenn Sie die Beiträge erhöhen und nur 26 Wochen Krankengeld zahlen, könnten Sie diese Ersparnisse wohl Ihren Aerzten zuweisen."

Also den Aermsten der Armen sollen einige Mark Unterstützung abgezwackt werden, um die finanziell gut gestellten Aerzte zu befriedigen. Wenn dann dieser Herr noch schreibe, es könne durch eine andere Rezeptverschreibung durch die Aerzte eine Summe gespart werden, so erweise er seinen Kollegen einen sehr schlechten Dienst. Wenn es jetzt möglich sei, an den Medikamenten zu sparen so sei die Frage zu stellen: Warum haben dieses die Aerzte nicht längst getan? Der Referent appelliert weiter an die Mitglieder resp. Arbeitgeber, ihre Ansicht zu äußern; ein Streik der Aerzte sei nicht mit einem gewöhnlichen Streik zu vergleichen. Die Vorstände seien unter allen Umständen gezwungen, für Aerzte zu sorgen. Sollten wir gezwungen werden, die Forderungen zu bewilligen, so sei nötig, die Beiträge bedeutend zu erhöhen, und dieses könne weder Arbeitgebern noch Arbeitern gleichgiltig sein. Die sehr gut besuchte Versammlung, welche den Referenten wiederholt schon unterbrochen hatte, zollte demselben am Schlusse seiner Ausführungen lauten Beifall. Sodann ergänzten die Kassenführer, Herr Kloß, sowie Herr Hädrich das Material des Referenten in finanzieller Hinsicht durch das Material der Jahresabschlüsse. Hätten jetzt die Aerzte (ohne Spezialfälle und Landbesuche usw.) rund 12 000 Mk. erhalten, so steige dieses bei 3 Mk. auf 20 000 und käme dann noch die Forderung mit 4 Mk., so käme eine Summe von 28 bis 30 000 Mk. in Betracht. Sämtliche nachfolgenden Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß die Forderung zu weit gehe, wenn auch anerkannt wurde, daß die hiesigen Sätze zu niedrig seien.

Es sprachen noch die Herren Hoffmann, Krieg, Willecke, Harnickel, Marx, Hellig, Otto Kruschwitz und Trautner. Zum Teil wurde verlangt, daß die Vorstände, wenn sie gezwungen wären, die Bewilligung auszusprechen, dann auch für den erhöhten Satz andere Aerzte heranziehen möchten, zum mindesten aber einen Vertreter der natürlichen Heilmethode. Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, welche die Forderungen der Aerzte als zu hoch bezeichnet, den Vorständen zu ihren heute vorgetragenen Verhandlungen ihr volles Vertrauen ausspricht und dieselben beauftragt, fernerhin im Interesse der Versicherten weiter zu arbeiten. Der Vorsitzende ermahnte noch die Anwesenden, das Gehörte weiter zu tragen, damit die gesamte Oeffentlichkeit unterrichtet würde. A.

Sparkassengelder und Staatskredit.

Die Konferenz der Finanzminister, die in Berlin vor wenigen Tagen stattgefunden hat, hat die vorläufige Lösung der schwebenden Finanzfragen anscheinend darin gefunden, daß die Fehlbeträge für das Reich weder durch neue Steuern noch durch Matrikularbeiträge, sondern durch die Aufnahme neuer Reichsanleihen gedeckt werden sollen. Die Ratlosigkeit hat zu einem Ausweg geführt, dessen finanzpolitische Tragweite hier nicht zu erörtern ist. Vom Standpunkte des Geldmarktes aus betrachtet, stehen aber der weiteren Begebung von Reichsanleihen Schwierigkeiten genug im Wege, die hauptsächlich darin ihren Grund haben, daß das deutsche Kapital in den 3 und 3½ prozentigen Papieren des Staates und Reiches keine begehrenswerten Anlagen erblickt. Das zeigt nichts deutlicher als die Bewertung dieser Anlagen während der letzten Jahre. Die Kursbewegung der deutschen Reichsanleihen ist seit 1896 in starken Rückgang begriffen. Selbst im Jahre 1902, wo der Geldmarkt für festverzinsliche Anlagewerte überaus günstig lag, konnten die Kurse den Stand von 1896 nicht erreichen. Es betrugen die Kurse der deutschen Reichsanleihen an der Berliner Börse im Durchschnitt der Jahre

	3½ prozentigen	3 prozentigen
1896	104,57	99,22
1897	103,58	97,65
1898	102,64	95,51
1899	99,77	90,71
1900	95,82	86,74
1901	99,54	89,27
1902	102,06	92,18

Auch im Laufe dieses Jahres ist keine Erholung sondern vielmehr ein weiterer Rückgang eingetreten. Am 26. Oktober z. B. notierten die 3½prozentigen 101,90, die 3prozentigen 90,50. Eine ganz ähnliche Kursentwickelung zeigen auch die Schuldverschreibungen des preußischen Staates. Aus diesem relativ niedrigen Kursniveau der Reichsanleihen geht jedenfalls so viel hervor, daß die Nachfrage nach ihnen viel zu wünschen übrig läßt. Und dieser Umstand allein schon kann zur Aufnahme weiterer Anleihen nicht ermuntern, es wäre denn, daß man unter großen Kursverlusten sich seitens des Reiches am Geldmarkte eindecken wollte. Die Tatsache der ungünstigen Marktlage der Reichsanleihen hat nun zur Erörterung der Frage geführt, wie man unseren Reichsanleihen einen kaufkräftigeren Abnehmer sichern könne. Sehr ernsthaft wird zur Zeit ein Vorschlag erörtert, dessen Verwirklichung allerdings mit einem Schlage den Reichsanleihen einen gewaltigen Absatz sichern würde. In der Zeitschrift Der deutsche Oekonomist wurde anläßlich einer Erörterung der Kapitalsanlagen der preußischen Sparkassen festgestellt, daß in ihrem Wertpapierbestande nur 716,3 Millionen Mark Anleihen des Reichs und Preußens enthalten seien; die Sparkassen haben also etwa 10 Prozent ihres Vermögens, das sich im Jahre 1901 auf rund 6,67 Milliarden Mark bezifferte, in Staatspapieren angelegt. Der Artikel führte nun aus, daß es unter gewissen Voraussetzungen kein unberechtigter und auch kein schädlicher Eingriff in die Selbstverwaltung der Sparkassen wäre, wenn diesen die Pflicht auferlegt würde, stets mindestens den vierten Teil ihres Vermögens in heimischen Staatspapieren anzulegen. Das Aktivvermögen aller deutschen Sparkassen betrug ohne Reservefonds am Schlusse des Jahres 1900 rund 8,9 Milliarden Mark. Würden die Sparkassen genötigt, 25 Prozent davon in heimischen Anlagen anzulegen, so würden, da der jetzige Anlagebetrag nach dem Verhältnis in Preußen ca. 1 Milliarde ausmachen dürfte, fast 1,3 Milliarden Mark für diesen Zweck frei werden, eine Summe, die hinreichen würde, um auf sie gestützt getrost neue Reichsanleihen ohne Gefahr allzu großen Verlustes an den Markt bringen zu können. Da bisher die Sparkassen einen großen Teil ihres

---

Rose Bernd.

Ueber Gerhard Hauptmanns neuestes Schauspiel, Rose Bernd, das vor wenigen Tagen im Deutschen Theater seine Erstaufführung erlebte, (das Drama ist in Buchform bei F. Fischer, Berlin, 2.50 Mk. geh. erschienen) wird aus Berlin geschrieben:

Rose Bernd ist die Tragödie des Weibes, das viele begehren, das aber „keiner genug lieb hat". Sie sucht den Männern, die wie eine Hundemeute hinter ihr her sind, zu entfliehen, aber es mangelt ihr, deren Mutter früh verstorben und deren Vater ein gutherziger, beschränkter Frömmler ist, der nötige Halt. Und als sie schließlich der Versuchung zum Opfer gefallen, als die Stunde gekommen ist, da die übermächtige Natur ihren Tribut fordert, da hetzt die Meute wieder hinter ihr her und ruht nicht früher, als bis sie ihr das Kleinod abgejagt hat, das ihr als Leitstern für das Leben dienen könnte: ihr Kind.

Rose Bernd, die Tochter eines alten, in kärglichen Verhältnissen lebenden Landwirtschaftsinvaliden, ist eine Dorfschönheit, an der die Begierden der Männer sich entzünden. Das Lebensglück, nach dem ihre heiße Jugend begehrt, scheint ihr nicht beschieden zu sein. Ein kränklicher Betbruder, der Buchbinder August Keil, soll ihr Gatte werden. Sie hat eingewilligt um der solide gesicherten Existenz willen, die das Männchen ihr mit Gottes Hilfe bieten kann. Die Tore, die zum Glück führen, sollen sich ihr für immer verschließen; die Heirat mit Keil August steht nahe bevor. Da wirft sie sich dem schmucken, schneidigen, von Lebenslust und Lebenskraft strotzenden Erbscholtyebesitzer Flamm in die Arme, der ihr seit lange nachstellt. Flamm hat ein ähnliches Geschick wie sie.. Er ist ein vollblütiger Kraftmensch, dessen Lebensweg an eine ätliche, kranke Gattin gebunden ist, die er ehrlich lieb hat, die aber seinen darbenden Sinnen keine Befriedigung gewähren kann. Rose fühlt sich Mutter. Sie trägt schweigend ihren Schmerz und ihre Angst. Nur der Gemahlin Flamms — so will es der Zufall — schüttet sie ihr Herz aus, und wie eine Mutter nimmt die Kranke der Verlassenen sich an, ohne zu ahnen, daß der Verführer des Mädchens ihr eigener Gatte ist. Sie erweckt in der Brust der Verzweifelnden die Mutterfreude, sie lehrt die Hoffnungslose, mit Lust ihr Kind zu erwarten. So lernt Rose Bernd zum erstenmal im Leben mitfühlende Menschenliebe kennen — zugleich aber auch die ärgste unmenschliche Niedertracht. Ein Lump, der Maschinist Streckmann, benutzt seine Mitwisserschaft an Rosens Fehltritt, um die Geängstigte und Gepeinigte seinen Lüsten dienstbar zu machen. Aber sie hat umsonst das furchtbare Opfer gebracht. Ihre Schande wird ruchbar. Vater Bernd verklagt den Maschinisten, der allerhand dunkle Andeutungen gemacht hat, wegen Verleumdung seiner Tochter, und vor Gericht kommt alles an den Tag. Rose ist ihrer Sinne nicht mehr mächtig. Die Scham verzehrt sie und ein wahnwitziger Trotz gegen ihre Verfolger bäumt sich in ihr auf. Sie leugnet unter dem Eide alles ab. Und nun bricht Schlag auf Schlag die Katastrophe über sie herein. Der Geliebte hat sie, die Verworfene, die aller Welt zu Willen ist, verlassen, die mütterliche Beraterin zieht ihre Hand von der verstockten Meineidigen, der hilflose Vater verschanzt sich hinter Bibelsprüchen. Von allen verstoßen und verflucht, gebiert Rose Bernd heimlich ihr Kind und tötet es. Und als der Gendarm in ihre Hütte tritt und die Halbwahnsinnige ihm hohnlachend das Geständnis ihrer Verbrechen ins Antlitz schleudert — da ist es der einfältige Buchbinder, das verspottete Gebetbüchel-Männle, das die von Gott und der Welt Verlassene liebend und verzeihend in seine Arme schließt.

Um die Tragödie der Hauptfigur sind mannigfache Nebenhandlungen gruppiert, teils zur Charakterisierung des Milieus, teils als Mittel, das Sein und Handeln der Heldin von allen Seiten zu beleuchten. In dieser Fülle der Geschehnisse liegt die hauptsächlichste, verhängnisvolle Schwäche des neuen Hauptmannschen Dramas. Unser Interesse wird nach allzu vielen Richtungen in Anspruch genommen und es ist dem Dichter nicht immer gelungen, das Wichtige über das Unwichtige genügend deutlich emporzuheben. Stein für Stein wird zu den Milieu- und Charakterbildern herbeigetragen, die Vorder- und die Hintergründe sind mit derselben liebevoll eingehenden Sorgfalt ausgemalt. Dabei sind die Menschen, mit Ausnahme der Hauptgestalt, wenig farben- und konturenreich geraten. Alles in allem: das Werk eines Dichters, der hier, wie überall, nach den höchsten Zielen strebt, dessen ernstes, redliches, großes Wollen unsere Hochachtung erzwingt, der aber, ein unzuverlässiger Bühnentechniker, in seinem Vollbringen oft schwankt und nicht selten entgleist.

Kleines Feuilleton.

Stadt-Theater.

Gestern abend gab Madame Sigrid Arnoldson ihr zweites Gastspiel und zwar hatte sie die Titelrolle in Carmen inne. Die Rolle stellt nicht allein an das gesangliche sondern auch an dramatische Können der Carmendarstellerinnen große Anforderungen. Carmen muß als eine berückende, außergewöhnliche Natur vorgeführt werden, die sich rücksichtslos über die Schranken landläufiger Sitte und Moral hinwegsetzt. Wird dieser-dämonische Grundzug des Charakters nicht berücksichtigt, entsteht sehr leicht die Gefahr, daß Carmen nur als kokette und leichtfertige Dirne dargestellt wird. M. Arnoldson hat diese Gefahr glücklich vermieden. Sie war ganz das gefährliche, leidenschaftliche Weib, das über Leichen hinwegschreitet, um seine Wünsche durchzusetzen. Vielleicht hat M. Arnoldson zu sehr darauf Gewicht gelegt, das glühend-leidenschaftliche Temperament Carmens nicht allzu stark an die Oberfläche treten zu lassen, was ja bei sehr vielen Stellen auch angebracht ist, denn dieses Temperament ist der dunkle, unheimliche Untergrund aller Handlungen Carmens. Bei manchen Stellen wäre aber meines Erachtens ein offener elementarer Ausbruch der Leidenschaft mehr am Platze gewesen, so z. B. gleich nach der Seguedigliajene im zweiten Akte, sowie im vierten Akte vor der Katastrophe. M. Arnoldsons Gesang entsprach der dramatischen Darstellung; als Carmen wie als Mignon hat uns die Künstlerin mit ihrer prächtigen und sicheren Stimme einen gediegenen Kunstgenuß bereitet.

Ueber die Gesamtaufführung kann man sich nicht unbedingt lobend aussprechen, wir haben schon bessere Carmen-Aufführungen am hiesigen Stadttheater erlebt. Es machten sich gestern häufig Schwankungen und Unsicherheiten bemerkbar. Trotzdem boten auch unsere hiesigen Künstler eine Anzahl trefflicher Einzelleistungen. Herr Szirowatka sang die Rolle des José recht gut, in der Darstellung ging er aber nicht über das Konventionelle hinaus. Herr Soomer verkörperte in anerkennenswerter Weise den Stierkämpfer Escamillo. Die Micaila des Fräulein Eckeblad war in Spiel und Gesang eine ausgezeichnete Leistung. Auch Frl. Sarta und Frl. Ulrich als Zigeunermädchen sind zu loben. B. D.

Mommsen und die Wiener Arbeiter-Zeitung. Es war in den Tagen Thuns, in den Tagen der eifrigsten Konfiskationstätigkeit der österreichischen Staatsanwälte. Damals bekam auch Mommsen eine Probe österreichischer Pressfreiheit, österreichischer Achtung vor dem Genius zu sehen. Unser Wiener Bruderblatt brachte in der Nummer vom 7. Mai 1899 unter der Spitzmarke: Die einsichtslose Regierung, ein Zitat aus dem dritten Bande von Mommsens Römischer Geschichte zum Abdruck. Darin liest man die prächtigen Worte:

Wenn eine Regierung nicht regieren kann, hört sie auf, legitim zu sein, und es hat wer die Macht, auch das Recht, sie zu stürzen. Zwar ist es leider wahr, daß eine unfähige und verbrecherische Regierung lange Zeit das Wohl und die Ehre des Landes mit Füßen zu treten vermag, bevor die Männer sich finden, die die von dieser Regierung selbst geschmiedeten Waffen gegen sie schwingen und aus der sittlichen Empörung der Tüchtigen und dem Notstand der Vielen die in solchem Falle legitime Revolution heraufbeschwören können und wollen. Aber wenn das Spiel mit dem Glück der Völker ein lustiges sein mag und wohl lange Zeit hindurch gespielt werden kann, so ist es doch auch ein tückisches, das zu seiner Zeit die Spieler verschlingt; und niemand schilt dann dieselben, wenn sie dem Baum, der solche Früchte trägt, sich an die Wurzel legt.

Der Herr Staatsanwalt, der wohl auf diesem Wege zum ersten Mal Worte Mommsens vor Augen bekam und dessen Römische Geschichte vielleicht für irgend ein anarchistisches Teufelswerk halten mochte, konfiszierte die abgedruckte Stelle „zur Gänze". Durch Vermittlung eines Wiener Gelehrten erhielt nun Theodor Mommsen die Nummer der Arbeiter-Ztg., in der das Zitat aus seiner Römischen Geschichte konfisziert war, sowie auch das Original des Erkenntnisses des Wiener Landgerichts, womit diese Stelle als eine Aufreizung „zum Haß" und „zur Verachtung" erkannt wurde. Der große Gelehrte beantwortete die Zusendung mit folgendem Schreiben an die Redaktion der Arbeiter-Zeitung:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219031111-16/fragment/page=0005

Vermögens in Hypotheken angelegt haben, die höhere Zinsen abwerfen als die Staatsanleihen, so müßten in Zukunft die Sparkassen auf diese höhere Verzinsung zu gunsten des Reichs- und Staatskredits verzichten. Was wäre nun aber die Folge für die Kreise, die ihr Geld auf die Sparkasse tragen? Sie würden zu gewärtigen haben, daß die jetzt schon ungemein niedrige Verzinsung, die sie von ihrem Gelde erhalten, noch weiter sinken müßte. Der Reichskredit würde also auf Kosten derer gestärkt werden, die wahrhaftig am allerwenigsten in der Lage sind, auf die paar Mark Zinsen, die sie von ihren Spareinlagen erhalten, verzichten zu können.

Denn wer sind in der Hauptsache die Gläubiger der deutschen Sparkassen? Nach der kürzlich erst bekannt gewordenen Berufsstatistik der Sparkasseneinleger in Württemberg, die für das Jahr 1899 aufgenommen wurde, sind 19 Prozent der Gesamtzahl Fabrikarbeiter, Gesellen und Gehilfen, Handlanger, Packer, Herrschaftsdiener und gewerbliche Lehrlinge, 14,2 Proz. sind weibliche Dienstboten, 14,9 Prozent selbständige Gewerbetreibende. Die in Frage kommenden Gewerbetreibenden gehören zweifellos zu den am dürftigsten gestellten Kreisen der gewerblichen Bevölkerung. Daß es sich nur um verhältnismäßig kleine Summen handelt, die auf den Sparkassen niedergelegt werden, geht daraus hervor, daß die Zahl derer, die ein Guthaben von 101 bis 200 Mark ihr eigen nennen, weitaus am größten ist. Gewiß werden sehr häufig auch größere Summen den Sparkassen übergeben, aber dann handelt es sich meist um vorübergehende Anlagen von Kapitalisten, die die Sparkasse aus bestimmten Gründen einer anderen Anlage vorziehen. Jedenfalls liegt nicht der mindeste Grund vor, daß der Zinsgenuß des Kapitals, das schon heute am schlechtesten rentiert, noch weiter herabgedrückt wird, zu gunsten des Reichskredits, den die größeren Kapitalisten nicht stützen wollen. Wenn schon der staatliche Kredit durch besondere Maßnahmen gefördert werden soll, so möge man sich an kapitalkräftigere Kreise und Unternehmungen halten. Wiederholt ist schon der Vorschlag gemacht worden, daß die Aktiengesellschaften ihre Reserven oder einen Teil davon in staatlichen Papieren fest anlegen sollen. Auch auf diesem Wege ließe sich eine große Summe für Staatspapiere flüssig machen. Wir wollen den Vorschlag nicht zu dem unsrigen machen, aber immerhin wäre er weit acceptabler, als der höchst odiöse Vorschlag, die Sparkassengelder zur Aufbesserung der Kreditverhältnisse des Reiches heranzuziehen.

Zu den Landtagswahlen.

Sofort nach Beendigung der Wahlhandlung am Donnerstag ist durch Postkarte von jedem örtlichen Vertrauensmann der Redaktion des Volksblattes der Wahlausfall mitzuteilen. Es genügt das Ergebnis der Wahlmännerwahl in der dritten Abteilung. Nur dort, wo wir auch Wahlmänner in der zweiten bezw. ersten Klasse aufgestellt haben, muß sich die Mitteilung auf diese Klassen mit erstrecken. Die Mitteilung kann nach folgendem Schema geschehen:

Ort:

III. Klasse. Hauptwahl:

Soz.: 25 Stimmen, Freis.: 18 St., Kons.: 10 St.

Stichwahl:

Soz.: 25 Stimmen, Freis.: 23 Stimmen.

Gewählt der Sozialdemokrat.

Hauptregeln für alle Wähler!

1. **Jeder Wähler muß ganz pünktlich zur festgesetzten Zeit im Wahllokal eingetroffen sein.** Wer zu spät kommt, geht seines Wahlrechts verlustig, wenn die Abstimmung bereits geschlossen ist. (In Halle ist die Wahl auf **½10 Uhr** festgesetzt, in allen Landorten des Saalkreises auf **10 Uhr.**) Sollte es einem Wähler beim besten Willen nicht möglich gewesen sein, pünktlich zu erscheinen, so muß er sich beim Wahlvorsteher melden und seine nachträgliche Abstimmung verlangen. Das muß gestattet werden, wenn die Abstimmung nach nicht geschlossen war.

2. **Jeder Wähler muß warten, bis die Abstimmungen geschlossen sind.** Niemand darf also das Lokal sogleich verlassen, wenn er abgestimmt hat, sondern er muß warten, bis der ganze Wahlakt geschlossen ist.

3. **Ueber das Verhalten bei Stichwahlen** haben die Parteiorganisationen Beschluß gefaßt. Stehen unsere Wahlmänner zum Stich mit Wahlmännern anderer Parteien, so muß selbstverständlich auch bei der Stichwahl die Stimme für unsere Wahlmänner abgegeben werden. Findet dagegen die Stichwahl zwischen Konservativen und Liberalen statt, so enthalten sich unsere Parteigenossen unter allen Umständen der Abstimmung, **wenn nicht vorher von den liberalen Wahlmännern die bündige Erklärung abgegeben worden ist, daß sie bereit sind, einen der sozialdemokratischen Landtagskandidaten zu wählen.** Kommt es also zur Stichwahl zwischen den gegnerischen Parteien, und die gewünschte Erklärung liegt nicht vor, so können unsere Parteigenossen das Lokal verlassen, ohne daß sie den Ausfall der Stichwahl abzuwarten brauchen.

4. **Jeder Wähler achte auf genaue Einhaltung der Wahlvorschriften durch das Wahlbureau.** Verstöße gegen das Wahlreglement sind sofort unter genauer Darstellung des Sachverhalts dem Kreisvertrauensmann zu melden.

5. **Die zu wählenden Wahlmänner** sind so genau nach Beruf, Namen und Wohnung zu bezeichnen, daß ein Irrtum über die Person nicht möglich ist.

Den Sachsländern fehlt es an Wahlmännern. Der Buchdruck- und bindermeister — man entschuldige das harte Wort — Karl Pritschow erläßt an seine „Kollegen im Buchdruck, Buchbinderei, und Papierhandel" einem Aufruf, in dem er sie dringend bittet, sich als Wahlmänner für Sachsland aufstellen zu lassen. Seine Qualifikation als Mittelstandsretter habe er dadurch erbracht, daß er im Streitfall der Papierhändler mit dem Magistrat für erstere Partei ergreifen werde und ebenso in Sachen des Ansichtskarten-Verkaufs seitens der Reichspost. Nun weiß man endlich, welches die springenden Punkte bei der Mittelstandsrettung sind. — Herr Pritschow traut aber offenbar seiner Liebeswerbung nicht allzu große Kraft zu. Er fügt deshalb hinzu, wer sich nicht für Sachsland anwerben lassen wolle, solle sich wenigstens nicht von den Gegnern einfangen lassen, denn diese hätten noch nie etwas für die Handwerker getan. Gleich darauf bläst aber Herr Pritschow die Backen auf und versichert: „Auf jeden Fall aber halte ich es für geschäftliche Ehre, bei dieser Wahl wenigstens für einen Wahlmann zu stimmen, der sich für Herrn Prof. Sachsland erklärt hat. Herr Sachsland muß mit einer solchen Majorität gewählt werden, daß die Niederlage der Gegner eine vollständige ist." — Vielleicht tut's Herr Pritschow am Donnerstag etwas billiger.

In Osmünde wurden in der Versammlung am Sonntag, in welcher Genosse Albrecht-Halle sprach, folgende Wahlmänner aufgestellt: für den

37. Bezirk: Alb. Günther, Maurer, P. Holzschuh, Maurer, in Gröbers;
38. Bezirk: G. Bielich, Maurer, in Schwoitzsch;
39. Bezirk: Ed. Krause, Bergarbeiter.

In Aue-Ahlsdorf finden die Wahlmännerwahlen am Donnerstag mittags 12 Uhr statt und zwar für den Wahlbezirk Aue-Ahlsdorf im Waldschlößchen, für Bornitz-Zangenberg in Reinhardts Gasthof. Als Wahlmänner sind aufgestellt: für Zangenberg-Bornitz: 3. Abteilung: August Schulz und Franz Gabler in Zangenberg; 2. Abteilung: Albert Gabler und Albert Köhler in Zangenberg. — Für Aue-Ahlsdorf: 3. Abteilung: Hermann Hornickel in Aue und Ludwig Burgau in Ahlsdorf. — Im Wahllokale soll eine Liste darüber geführt werden, wie viel und welche Genossen und Arbeiter sich an dieser Wahl beteiligen; hoffentlich sind es recht viele.

Die Wahlbegeisterung im Delitzsch-Bitterfelder Kreise ist keine besonders hohe, da die greifbaren Erfolge in weite Ferne gerückt sind. Bei der 1898er Landtagswahl standen 336 konservativen 122 liberale Wahlmänner gegenüber, so daß die bisherigen Abgeordneten Landrat v. Bodenhausen-Burglemnitz und Landgerichtsrat Schettler-Erfurt mit großer Mehrheit gewählt wurden. Um die Wahl der bei der gegenwärtigen Neuwahl vorgeschlagenen konservativen Kandidaten entscheidend zu beeinflussen, müßten Liberale und Sozialdemokraten ihre Wahlmänner stark vermehren. Und dazu ist keine Aussicht vorhanden. Bisher haben von sozialdemokratischer Seite nur in den Orten Greppin, Bitterfeld und Delitzsch Wahlversammlungen stattgefunden. In Greppin sprach Genosse Graupe-Delitzsch, in Bitterfeld und Delitzsch Gen. Weißmann-Halle. Alle drei Versammlungen waren schwach besucht. Sowohl in Bitterfeld wie in Delitzsch, woselbst am Sonnabend und am Montag die Versammlungen stattgefunden, hatten selbst die auf die Tagesordnung gesetzten Stadtverordnetenwahlen keine größere Besucherzahl anzulocken vermocht. Auch in den kleineren Städten, wie Gräfenhainichen, Düben, Landsberg, Brehna, Zörbig usw. ist von einer Wahlbewegung recht wenig zu bemerken, so daß man in Parteikreisen dem Ausfall der Landtagswahlen sehr pessimistisch gegenübersteht. Es kann sich eben lediglich nur um einen Achtungserfolg handeln.

Die Kandidatenverhältnisse im bürgerlichen Lager sind recht verworren. Der Rittergutsbesitzer Schirmer-Neuhaus, der mit heißer Sehnsucht nach einem Mandat für den Landtag jagt, ist von den Konservativen wieder fallen gelassen worden. Er kandidiert deshalb nur für den Bund der Landwirte. Da dieser in unserem Kreise stark vertreten ist, werden vermutlich eine ganze Anzahl Wahlmänner für ihn aufgebracht, die bei der Abgeordnetenwahl ihre Stimmen auf Schirmer vereinigen. Ob sie eine absolute Mehrheit herausbringen, muß abgewartet werden. Dann treten als erfolgreiche Bewerber auf die Herren Gutsbesitzer Sernau-Brehna und Walzmühlenbesitzer Bauer-Delitzsch. Letzterer ist Stadtverordnetenvorsteher in Delitzsch. Bauer wie Sernau werden jedenfalls künftig unseren Kreis im preußischen Abgeordnetenhause vertreten, da sie von der konservativen Partei aufgestellt sind. Einer der aufgestellten liberalen Kandidaten, Fabrikbesitzer Curth-Bitterfeld, hat seine Kandidatur wieder zurückgezogen. Für ihn hat man den Fabrikbesitzer Polko-Bitterfeld aufgestellt, der in Gemeinschaft mit Lehrer Liebold-Eilenburg die Stimmen der liberalen Wahlmänner erhält. Nach dem für die Liberalen kläglichen Ergebnis der Reichstagswahl steht die Position dieser Partei nicht günstig. Wie schon kürzlich gemeldet, kandidieren sozialdemokratischerseits die Genossen Raute-Eilenburg und Weißmann-Halle. Dies die tatsächlichen Verhältnisse im Delitzsch-Bitterfelder Landtagswahlkreis. Hoffen wir, daß die Sozialdemokratie den Wahlkampf mit Ehren besteht.

Delitzsch ist in sieben Urwahlbezirke eingeteilt. Als Wahlmänner sind folgende Genossen aufgestellt:

im 1. Bezirk: Bernhardt und Naumann,
„ 2. „ Tippenau und Bernhardt,
„ 3. „ Winter und Seidel,
„ 4. „ Fuchs und Szesny,
„ 5. „ Biedermann und Klunkert,
„ 6. „ Münzer und Pöschel,
„ 7. „ Rabe und Fischer.

Für Ramsin, Rennertz und Zscherndorf fungieren als Wahlmännner in der 3. Abteilung: Arbeiter Franz Jäntsch und Handelsmann Karl Zeidler, Ramsin. Die Wahl findet vormittags 10 Uhr bei Schröder in Zscherndorf statt.

In Glesin ist Hermann Tanner als Wahlmann aufgestellt.

In Bitterfeld haben die Urwahlbezirke folgende Grenzen:

1. Bezirk: Ackerstraße, innere Bismarkstraße Haus Nr. 1—5 und 63—72, Dessauerstraße 1—19 und 72—86, Eisenbahnstraße, Feldstraße, Jeßnitzerstraße, Neuestraße, Sommerstraße. Wahllokal: Restaurant Galle. — Wahlmänner: Blum und Neumann.
2. Bezirk: Braustraße, Dessauerstraße 20—71, Gartenstraße, Moltkestraße, Neuewelt, Nordstraße, Weinbergstraße, Weststraße, innere Zörbigerstraße Haus Nr. 5—31, äußere Zörbigerstraße. Wahllokal: Restaurant Gute Quelle. — Wahlmänner: Schade und Wuttig.
3. Bezirk: Kaiserstraße, Mittelstraße, Lindenstraße, Luisenstraße. Wahllokal: Restaurant Rheinischer Hof. — Wahlmänner: Zieger und Wagner.
4. Bezirk: Bahnhof, Güterbahnhofstraße, Hinterm Bahnhof, innere Bismarckstraße 6—62, äußere Bismarckstraße, Steinstraße, Wiesenstraße, Windmühlenstraße, Ziegelstraße. Wahllokal: Restaurant Stadt Leipzig. — Wahlmänner: Schnürpel und Böhme.
5. Bezirk: Im Freien Felde, Badergasse, Binnengärtenstraße, Halleschestraße, Kirchplatz, Krautwall, Markt, Röhrenstraße, Schießhausstraße, Schulstraße, Teichwall, Zimmerstraße, innere Zörbigerstraße 1—4 und 32—40. Wahllokal: Restau-

---

Geehrter Herr! Empfangen Sie meinen Dank für die freundliche Uebersendung des interessanten Dokuments und geben Sie ihn weiter an Ihre Auftraggeber. Es soll sorgfältig unter meinen Memorabilien aufbewahrt werden. Erinnert hat es mich an das Goethesche Epigramm:

Eines wird mich verdrießen für meine sieben Gedichtchen:
Wenn sie die Wiener Zensur durch ihr Verbot nicht bekränzt.

In dieser Hinsicht die gleiche Auszeichnung zu genießen, habe ich allerdings nicht hoffen dürfen, bin aber um so dankbarer für die unerhoffte. Jenes Epigramm ist vom Jahre 1797 datiert; es liegt die Frage nahe, wie der Kulturfortschritt Oestreichs in diesem Jahrhundert sich gestaltet hat.

Von der ernsten Seite des kleinen Vorfalles lassen Sie mich lieber schweigen oder doch nur das aussprechen, daß bei der dauernden Barbarei, um nicht zu sagen, der Rebarbarisierung der oberen Gesellschaftsschichten, die Triebkraft des Bodens fortwirkt und unter dem dürren Holz mancher grüne Keim sprießt.

Ganz der Ihrige

Charlottenburg, 24. Mai 1899. Mommsen.

Ueber Mommsens Zerstreutheit wird der Frankf. Zeitung noch geschrieben: In der Frankf. Ztg. vom 3. November erwähnten Sie, daß Mommsen nicht ganz frei war an der sprichwörtlich gewordenen Professoren-Zerstreutheit. Bei ihm war sie wohl die Folge einer Vertiefung in seine geistige Arbeit und sie hat zu manchen heiteren Vorgängen Veranlassung gegeben. So passierte es dem gelehrten Herrn oft, daß er Briefe, die er bei seinen Ausgängen mit sich nahm, um sie bei der Post aufzugeben, am Abend in seinem eigenen Briefkasten an der Wohnungstür, in den er sie geworfen, wiederfand. So kam er auch einmal zu einem Friseur, um sich das Haar schneiden zu lassen. Als der Friseur die Operation für beendigt erklärte, betrachtete sich Mommsen im Spiegel und setzte sich wieder nieder mit den Worten:

„Sie haben mir die Haare zu kurz geschnitten, ich wünsche sie länger."

Eines Tages brachte ihm sein Diener das Mittagessen in sein Arbeitszimmer und bat Mommsen zu Tisch. Doch dieser war gerade in seine Arbeit vertieft, nahm keine Notiz davon und arbeitete ruhig weiter. Es wurde der zweite Gang aufgetragen, aber immer noch stand der erste unberührt. Beim Anblick der Speisen kam dem auftragenden Diener ein philosophischer Gedanke in den Sinn. Schnell stellt er den zweiten Gang hin, nimmt den ersten Teller weg und verspeist mit Wohlbehagen seinen Inhalt. So erging es auch dem zweiten und dritten Gang. Nach einigen Stunden fühlt der Gelehrte eine gewisse Leere im Magen. Er begab sich in die Küche und fragte ärgerlich:

„Warum bekomme ich denn heute mein Mittagessen nicht?"

Der Diener erwiderte: „Der Herr Professor haben ja schon gegessen."

„Wie konnte ich nur so vergeßlich sein?" murmelte Mommsen und setzte sich wieder an seinen Arbeitstisch.

Politische Satire. Ein neues Zeitungsunternehmen. Einem längst gefühlten Zeitbedürfnis nachkommend, soll nach einer durchaus einwandsfreien Quelle ein Konsortium in Bildung begriffen sein, um ein täglich erscheinendes illustriertes „Denkmal-Journal" ins Leben zu rufen. Jede Nummer des Blattes soll nach jenen Angaben die Stärke von rund 20 Seiten erhalten, und jede Seite soll die am Vortage zur Einweihung gelangten Denkmäler in bildlichen, nach autotypischem Verfahren hergestellten Reproduktionen in künstlerischer Ausführung den Lesern bringen. Der erläuternde Text daneben wird aus den berufensten Federn stammen. Sollte für einen Tag der Raum nicht ausreichen, so wird dieser durch eine Beilage (vier Seiten) erweitert werden. Den demnächst zur Versendung gelangenden Abonnementseinladungen wird, wie aus gleicher Quelle verlautet, ein prächtig ausgestattetes illustrieriges Probeblatt beigefügt werden. Es stellt die jüngst stattgehabte Enthüllung des Standbildes für den durch seine hygienischen Bestrebungen weit über seine Kreise hinaus bekannten Rentiers Biesebach dar, der seinerzeit in der ewig denkwürdigen Stadtverordneten-Versammlung dem Dringlichkeitsantrage für Errichtung einer Rotunde in seiner Vaterstadt Schlummerhausen zum Siege verhalf. Der geniale Bildner Eberzahn, dessen hochbegabtem Meißel wir fast wöchentlich ein neues Kunstwerk verdanken, soll den Gefeierten in brütender Pose, auf dem Dache der Rotunde sitzend, in erstaunlicher Naturwahrheit verewigt haben. (Kladderadatsch.)

Die Pest in Indien. Nach einer kurzen Besserung beginnen die Verhältnisse in Indien trauriger zu werden denn je. Die Peststerblichkeit hat in der ersten Oktoberwoche die Summe von fast 14 000 erreicht, während in der gleichen Woche des vorigen Jahres „nur" 8800 an der Seuche starben. Zwar ist im Herbst immer ein Steigen der Epidemie eingetreten, aber nie mit solcher Heftigkeit wie diesmal. Die Präsidentschaft Bombay meldet allein über 9000 Tote, Zentralindien über 1700. Die Besserung scheint vorläufig nur in Madras und Haiderabad anzuhalten. Ein plötzlicher heftiger Ausbruch hat die Großstädte Allahabad, Cawnpore und Meerut befallen, und besonders schlimm sieht es in Mhow aus, wo bis zum 19. September schon fast 3800 Menschen an der Pest gestorben waren und jetzt über 100 Todesfälle täglich berichtet werden. Trotzdem hat sich die Schutzimpfung dort bewährt, da von 1200 geimpften Personen nur 12 an der Pest erkrankten und nur eine starb. Dennoch zeigt sich überall dasselbe Bild, da die Schutzmaßregeln teils wegen des Widerstandes der Bevölkerung, teils wegen mangelnder Energie nicht zu wirksamer Durchführung kommen. Die Bevölkerung der Großstadt Lucknow klagt besonders darüber, daß so wenig zur Bekämpfung der Pest geschieht. Die Stadt hat im vorigen Jahre 4000 Einwohner durch den Tod und 20 000 durch Flucht verloren. Im Punjschab, dem reichen Fünfstromland, hat sich eine ernste Folgeerscheinung der Pest in der Zunahme der Bettelei und Diebstähle gezeigt. Die Räumung der durch Pest gefährdeten Häuser, die zur Bekämpfung der Epidemie vielfach angeordnet wurde, hat in solchem Umfang zu Diebstählen geführt, daß sich die Bewohner dieser Maßregel jetzt mit doppelter Zähigkeit widersetzen. Da der Gedanke der Zwangsimpfung ganz aufgegeben ist und andere Mittel gegen die Pest sich nicht bewährt haben, so sind die Aussichten, wie der indische Korrespondent des Lancet am Schluß seines Berichtes bemerkt, für die kommende Jahreszeit ausnehmend düster.

Ernst Preczang. Im Hinterhause. Drama in vier Akten. Verlag Dr. J. Marchlewski u. Ko., München.

Bei der relativ geringen Vertretung der proletarischen Welt in der dramatischen Literatur der Gegenwart verdient das Drama von Preczang ganz besondere Beachtung und Anerkennung. Die Tiefen des Proletarierlebens sind es, die den Dichter zur dramatischen Gestaltung zwingen. Eine intime Kenntnis des spezifischen Milieus paart sich hier mit einer gerechten Verteilung der Licht- und Schattenseiten des Lebens auf das glücklichste. „Im Hinterhause" nennt sich das Werk, aber das bekannte Wort deutet hier keineswegs schablonenhafte Gegensätze an, in denen sich ein Tendenzstück gefällt. Das Werk beruht und beschränkt sich vor allem auf sich selbst, auf seinen eigentlichen Inhalt. Ein Drama der Arbeit, der Not und des proletarischen Elends, ist es in erster Linie eine Milieuschilderung von nicht zu verkennender Bedeutung und Tragweite. Gediegene Ansätze sozialpsychologischer Charakteristik von lebenswahren Proletariertypen, die bald als tiefgehende feine Betrachtungen, bald als gelungene Charakterskizzen im vorliegenden Werke zerstreut, sind geeignet, den Dichter zum Ausfüller einer empfindlichen Lücke im modernen Drama zu bestimmen.

Literatur.

Neue Zeit. 6. Heft des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Theodor Mommsen. Von Karl Kautsky. — Der Sklaventanz in Frankfurt. Von Rosa Luxemburg. — Mehrings Wandlungen. Von H. Ströbel. — Unsere Volksschule. Von Otto Marko II. — Literarische Rundschau.

Der Süddeutsche Postillon Nr. 23 in München bringt eine prächtige künstlerisch-vollendete Szene aus dem Münchener Hofbräuhause.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219031111-16/fragment/page=0006

... Schützenhaus. — Wahlmänner: Reschke und Bricken:

6. Bezirk: Burgstraße 1—17 und 43—53, Grünstraße, Kirchstraße, Querstraße, Ratswall, Rosmarinstraße. Wahllokal: Rathaussaal. — Wahlmänner: Dietze und Wilke.

7. Bezirk: Burgstraße 18—42, Burgtorwall, Mühlstraße, Plan, Töpferstraße, Töpferwall. Wahllokal: Restaurant Kühler Morgen. — Wahlmänner: Winder und Elze.

In Landsberg ist für den 2. Urwahlbezirk, umfassend die Hausnummern von 95—205 a, als **Wahlmann Gen. Gustav Kriese** aufgestellt.

Parteinachrichten.

— **Das Schiedsgericht** des Wahlkreises Frankfurt-Lebus hat in Sachen Heinrich Braun einstimmig und in namentlicher Abstimmung den Beschluß gefaßt, „daß der Wahlkreis dem Genossen Braun fernerhin volles Vertrauen gewährt". Das Schiedsgericht bestand aus 7 Personen, hat vom 12. Okt. bis 3. Nov. sechs mehrstündige Sitzungen abgehalten, sich von Harden sämtliche Briefe Brauns geben lassen, mit Harden auch persönlich verhandelt und nach genauester Prüfung allen Materials die Ueberzeugung gewonnen, daß Braun nichts begangen habe, das ihn des Vertrauens unwürdig mache. Sein Auftreten in Dresden gegen Mehring sei zwar nicht allenthalben zu billigen, doch sei er erst von Mehring schwer gereizt worden. Daß ein „Komplott" gegen Mehring bestanden habe, sei in keiner Weise bewiesen. — Nach Fällung des Schiedsgerichts wurde Heinrich Braun als Landtagskandidat für den Kreis Frankfurt a. O. aufgestellt.

— **Das Begräbnis Franz Hofmanns** ging am Sonntag in Chemnitz unter Teilnahme von wohl 10000 Personen vor sich. Von vielen Seiten waren Kranzspenden eingegangen, und die große Popularität unseres heimgegangenen Freundes zeigte sich in der aufrichtigen Trauer, die sich beim Begräbnisse kundgab.

Leichenzüge dürfen in Chemnitz überhaupt nicht stattfinden. Auch Franz Hofmanns Leiche ist bald nach dem Tode in der Leichenhalle des großen städtischen Friedhofes aufgebahrt worden. Die Polizei hatte aber gestattet, daß der Marsch zum Friedhofe im losen Zuge angetreten werde. Bis an das Tor des Begräbnisplatzes durften auch die roten Schleifen an den Kränzen gelassen werden, auf dem Kirchhofe mußten sie entfernt werden. Tausende von Menschen hatten sich vor dem Schützenhause versammelt. Ein unendlich scheinender Zug setzte sich in Bewegung. Aus Querstraßen stießen immer neue Züge Hunderter von Parteigenossen zum Hauptzuge. Die Polizeibeamten hielten sich in respektvoller Entfernung; wo sie dem Zuge nahe kamen, geschah es, um in höflicher Weise den Ordnern ihr Amt zu erleichtern. Alle Fenster in den Straßen, durch die sich der Zug bewegte, waren dicht mit Menschen besetzt. Auf dem Friedhofe wogte schon ein schier unübersehbares Meer von Männern und Frauen aus dem Proletariat, als der Zug anlangte.

In der Leichenhalle und am Grabe wurden in Traueransprachen und Gesängen die Verdienste des Toten gefeiert. Es sprachen die Genossen Niemann und Stolle, letzterer auch im Namen der Fraktion.

— **Aus der italienischen Parteiorganisation.** Die italienische Parteileitung beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 6. November mit den Zulassungsbedingungen zum nächsten Kongreß. Parpagnoli-Soldi beantragte, daß diejenigen Gruppen, welche sich von den offiziellen Partei-Sektionen trennen oder sich in Gegensatz zu diesen gründen, zu dem Parteikongreß nicht zugelassen werden sollen. Ferner wurde verlangt, daß die Partei durch ein Referendum darüber befragt werden solle. Nach einer lebhaften und eingehenden Diskussion wird schließlich eine Kommission, bestehend aus Batesi, Bissolati und Soldi, beauftragt, den Entwurf eines Organisationsstatuts auszuarbeiten. Zur Prüfung desselben wird die Parteileitung Mitte November wieder zusammentreten.

Halle und Umgebung.

10. November.

Heute, Dienstag, abend öffentliche Wählerversammlungen im Bellevue und im Burgtheater. Referenten: die sozialdemokratischen Landtagskandidaten Ad. Thiele u. A. Albrecht.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Elf der gestern verhandelten sechzehn Gegenstände fanden ohne jede Debatte Erledigung; auch von den übrigen Punkten führten nur zwei zu längeren Auseinandersetzungen, deren eine mit Verwerfung der Magistrats-Vorlage endete. Vom Kollegium wurden die Mittel für ein achtes Polizeirevier im Süden der Stadt verlangt. Die Kosten betragen jährlich 32000 Mark für einen Kommissar, zwei Wachtmeister und 21 Polizisten. Fürs nächstes Jahr sollten davon nur 6800 Mk. in den Haushalt eingestellt werden; aber von Ostern 1905 an sollte die volle Summe Verwendung finden. Der Magistrat hoffte das Kollegium bewilligungslustig machen zu können durch den Hinweis, es werde möglich sein, im nächsten Jahre ohne neue Steuererhöhungen auszukommen. So anspruchslos ist man in Halle geworden, daß man sich als Hans im Glücke fühlt, wenn die Steuerschraube nicht jedes Jahr noch fester angezogen wird. Für die Vorlage traten ein die Herren v. Holly, Bethcke und Staude, gegen sie sprachen die Stadtv. Thiele, Grote und — Glimm. Als das Schicksal der Vorlage schon schwer gefährdet erschien, versuchte Oberbürgermeister Staudte das Schwenken des roten Lappens. Er habe, so sagte er unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Stadtv. Grote, nicht erwartet, daß außer den Sozialdemokraten noch ein Stadtverordneter gegen die Vorlage reden werde. Zu seinem Schrecken mußte er erfahren, daß sogar der konservative Rechtsanwalt Glimm die Vorlage nicht für genügend begründet erachtete und ihre Ablehnung ankündigte. Der Trotz des Herrn Staude mißlang völlig. Wo es sich um Steuern handelt, achten ab und zu auch die magistratstreuesten Stadtverordneten die rote Gefahr für geringer als die Gefahr für ihren Geldbeutel durch den grünen Steuerzettel. So kam es, daß schließlich die Magistratsvorlage abgelehnt wurde mit etwa 25 gegen 18 Stimmen. Daß Herr Glimm sich auf Seite der Opposition schlug, erregte verständnisvolle Heiterkeit. Donnerstag ist Landtagswahl, und Herr Glimm ist eifriger Agitator für die reaktionären Kandidaturen v. Voß und Suchsland. Da kann man sich's schon mal etwas kosten lassen: Nie tut sonst Herr Glimm den Mund auf, und nicht allzu oft wohnt er den Sitzungen bei. Die kantigsten Magistratsvorlagen schluckt er hinunter, als ob er die Speiseröhre eines Schwertschluckers besäße. Jetzt plötzlich stößt ihn sein Gewissen ob der ungenügenden Begründung einer Vorlage! Nur der guten Erziehung der Stadtverordneten hatte er es zu danken, daß ihm seine Oppositionsschminke nicht lautes Lachen einbrachte. So billig geht's heutzutage denn doch nicht mehr zu machen.

Für seine Niederlage in der Polizeifrage wurde der Magistrat entschädigt durch das Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten bei Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, städtische Arbeiten in Submission nur an solche Unternehmer zu vergeben, welche die von den Gewerkschaften mit den Arbeitgebern vereinbarten Löhne zu zahlen sich verpflichten. Da waren Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit wieder ein Herz und eine Seele. Die kurze, aber inhaltreiche Begründung des Antrags durch Genossen Emmer, die weiteren Ausführungen der Genossen Krüger und Thiele konnten ebenso gut den leeren Wänden gehalten werden, und Herr Staude hätte nicht erst nötig gehabt, nochmals den roten Lappen zu schwenken und seine soziale Scham dadurch zu entblößen, daß er das Gewerkschaftskartell als Popanz hinstellte. Nicht etwa von einem „ausgezeichneten Arbeiter" werde das Kartell geleitet, „sondern von dem politischen Führer der Sozialdemokratie, dem Stadtv. Thiele". Es wäre, wie gesagt, nicht nötig gewesen, daß der Bürgerobermeister zu diesem kleinlichen Mittel griff, das ihm obendrein sofort die Zurechtweisung einbrachte, die Leitung des Kartells ruhe bereits seit Monaten in den Händen des von ihm gewünschten „ausgezeichneten Arbeiters", der so ausgezeichnet sei, daß die Arbeiter ihn sogar zu ihrem Sekretär ernannt hätten. Herr Staude steckte die Zurechtweisung ruhig ein, machte einige seiner ungelenken Armbewegungen, tuschelte etwas mit dem neben ihm sitzenden Herrn v. Holly und hatte die Genugtuung, daß kein einziger der bürgerlichen Stadtverordneten für den sozialdemokratischen Antrag stimmte, nicht einer! Die Herren wollten dadurch in unwiderleglicher Weise bekunden, wie Unrecht die Arbeiterklasse hat, wenn sie an der Richtigkeit des Wortes von der einen reaktionären Masse festhält.

In der geschlossenen Sitzung wurde über die Zuerkennung einer Jubiläumsehrung gegen die sozialdemokratischen Stimmen Stillschweigen beschlossen, dem erblindeten Mittelschullehrer Richard eine Pension von jährlich 900 Mark zuerkannt und für die Witwe des verstorbenen Gemeindebeamten Rottig eine jährliche Pension von 259 Mark ausgeworfen, wovon 74 Mark auf die beiden Kinder entfallen.

Kurz vor 8 Uhr war die Sitzung beendet.

Statistik über die Stadtverordnetenwahlen.

Eine genaue Durchsicht der Abstimmungslisten hat ergeben, daß die 5843 Stimmen für die Kandidaten der Bürgervereinler abgegeben worden sind, von 3237 Beamten und Angestellten, 470 Handwerksmeistern, 667 Geschäftsleuten, Fabrikanten 2c., 261 Angehörigen der sogenannten freien Berufe, 232 Pensionären, Rentnern 2c., und 976 Arbeitern. Unter letzteren finden sich zahlreiche Diener, herrschaftliche Kutscher, Pförtner, Hausmänner, Staatsbahnarbeiter, städtische Arbeiter, Wagenführer, Wärter, Feuerwehrleute und Arbeiter in ähnlichen abhängigen Stellungen. Mithin hat nicht das „selbständige Bürgertum" die Arbeiterliste zu Falle gebracht sondern das Beamtentum.

Die Stadtverordnetenwahlen der I. und II. Abteilung sind nun auch beendet. In der ersten Abteilung wurden die Herren Kobe, Steckner und Keil wiedergewählt, während die Herren Kallmeyer, Zell, Kortüm mit 89—84 Stimmen neugewählt wurden. Die zweite Abteilung wählte zu ihren Vertretern in der Ergänzungswahl auf 6 Jahre die Herren Kohlschütter, Greßler, Blumentritt, Rechtsanwalt Herzfeld, Daniel und Probst. Auf 4 Jahre wurden die Herren Pfautsch und Bangert gewählt. Die Stimmenzahl betrug 782—763 Stimmen für die ersten sieben Stadtverordneten, Herr Bangert erhielt nur 419 Stimmen. — In Giebichenstein wurde in der ersten Abteilung Herr Lehmann und an Stelle des Herrn Reichardt Herr Wächter gewählt. Die zweite Abteilung wählte wieder den Gärtnereibesitzer Spindler.

Man fürchtet die volle Wahrheit.

Der Aufforderung der bürgerlichen Blätter, im Chinaprozeß des Genossen Kunert sollten sich Teilnehmer an der Chinafahrt bei der Halleschen Staatsanwaltschaft melden, um gewissermaßen ein Gegengewicht den Kunertschen Zeugen gegenüber zu bilden, folgt jetzt das Angebot, der Staatsanwaltschaft mit Exemplaren der Presse dienen zu wollen, die vor drei Jahren den hinterlistigen Charakter des chinesischen Feindes detailliert habe, und so zur Erklärung mancher Vorgänge, die Kunert ausschlachten wolle, herangezogen werden könne. Die Deutsche Zeitung des Hyper-Alldeutschen Friedrich Lange in Berlin will der hiesigen Staatsanwaltschaft sogar ein paar Jahrgänge ihres Blattes zur Verfügung stellen, um den obengenannten Zweck zu erreichen. Folgt diesem edlen Beispiel die gesamte bürgerliche Presse, dann reichen die Räume des Halleschen Landgerichts schwerlich aus, um das Anklagematerial im vollen Umfange fassen zu können. Da aber das Material nicht bloß herbeigeschleppt sondern auch gesichtet und entsprechend geordnet sein muß, um Beweiskraft zu erhalten, dürfte sich die Beurlaubung eines halben Dutzend der hiesigen Staatsanwälte empfehlen, damit diese sich unausgesetzt dem Studium der Chinaartikel der bürgerlichen Presse widmen können. Wie man sieht, entbehrt die sehr ernste Frage der Eruierung der vollen Wahrheit im Chinaprozeß nicht eines humoristischen Beigeschmacks.

Die militaristisch-patriotische Presse mag nur fortfahren, dem Prozeß von vornherein eine bestimmte Tendenz aufzudrücken; sie illustriert dadurch am drastischsten, wie die vielgerühmte und von den klassenbewußten Arbeitern schon längst entsprechend gewürdigte Gleichheit vor dem Gesetz aussieht. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um einen sozialdemokratischen Prozeß, sondern im weitesten Sinne des Wortes um einen Prozeß für wahre Kultur und Gesittung. Wir suchen den Militarismus auf seinem eigenen Gebiete zu schlagen, deswegen die Empörung und Entrüstung der bürgerlichen Presse.

---

* **161 658 Einwohner** hatte am 27. v. Mts. nach dem Ergebnis der letzten Personenstandsaufnahme unsere Stadt.

* **Amtlich bestätigt** will die Hall. Ztg. die Entleibung der Gattin des Rechtsanwalts Bolze haben. Das Blatt schreibt nämlich, anschließend an die Mitteilung von dem Selbstmorde der unglücklichen Frau, daß die amtliche Bestätigung dieser Nachricht noch ausstehe. Wer in aller Welt soll denn amtlicherseits das bestätigen?

Uebrigens benutzen wir diese Gelegenheit, um den uns übermittelten Grund der Tragödie, Ehezwistigkeiten seien die Ursache des beklagenswerten Schrittes, dahin zu dementieren, daß von Ehezwistigkeiten keine Rede sein kann. Frau Rechtsanwalt Bolze litt schon seit Jahren an einer Nervenkrankheit, und in einem solchen Anfalle mag sie zu der Schußwaffe gegriffen haben.

* **Emil Walkotte** rezitierte am Sonnabend abend im Bellevue das Drama Barthel Turaser. Der Einladung des Gewerkschaftskartells waren zahlreiche Gäste gefolgt, die mit größten Aufmerksamkeit und Ruhe dem fesselnden Vortrag des beliebten Redners folgten. Nach einer kurzen Einleitung führte Herr Walkotte uns die Handlung des Dramas so packend vor, daß jeder Besucher hochbefriedigt und dankerfüllt die Stätte verließ. Ein Eingehen auf den Inhalt des Stückes erübrigt sich wohl, da in zwei Feuilletons hierüber schon dankenswerte Ausführungen gemacht sind. Das Vergnügen an der Veranstaltung hätte noch größer sein können, wenn der Wirt etwas mehr Verständnis für künstlerische Bestrebungen zeigte, auch nur in etwas den Anregungen gefolgt wäre, die vor der Rezitation im Volksblatt erschienen sind. War es diesmal leider nicht so der Fall, so ist doch bei ev. Wiederholungen zu erwarten, daß auch dieser Seite noch mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird, damit jede Schönheit des Dialogs und der Darstellung entsprechend gewürdigt und dem Vortragenden die Arbeit nicht unnütz erschwert wird.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Mittwoch wird Verdis Oper Ein Maskenball zum letzten Male gegeben. — Am Donnerstag folgt der zweite Abend der Trilogie Wallenstein mit dem Trauerspiel Wallensteins Tod. — Die nächste Aufführung der Operette Madame Sherry findet am Freitag statt. — Der Kammersänger Francesco d'Andrade, der berühmte und beste Don Juan-Sänger, wird am Dienstag, den 24. November, am Stadttheater in Halle gastieren. Billettbestellungen für dieses Gastspiel werden von heute ab an der Theaterkasse entgegen genommen. Die Neue Sing-Akademie veranstaltet am Bußtag, den 18. ds., im Stadttheater eine Aufführung des Oratoriums Elias von Mendelssohn.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Am Mittwoch geht Pierre Wolffs reizendes Lustspiel Das große Geheimnis, das auch bei der zweiten Aufführung einen durchschlagenden Erfolg erzielte, in Szene, während am Donnerstag auf vielseitigen Wunsch nochmals Gustav v. Mosers lustiges Stück Der Salontiroler zur Aufführung kommt. Herr Direktor Mauthner hat Herrn Karl Schönfeld von Berlin, einen der beliebtesten Darsteller der Metropole, für ein Gastspiel gewonnen und wird der geschätzte Gast, der leider nur für einen einzigen Abend in Berlin abkommen kann, hierselbst im Neuen Theater am Sonnabend, den 14. d. M., gastieren.

Wettin. Ueber den gemeldeten Unglücksfall meldet man uns heute: Zutreffend ist nach gestern an Ort und Stelle vorgenommenen Ermittelungen, daß am 7. d. Mts. ein Teil des in einem Raume der Chlorkaliumfabrik am Kurtschachte bei Trebitz hergestellten Maurergerüstes zusammengebrochen ist; dabei wurden vier Arbeiter verletzt, davon drei leicht, einer vielleicht schwerer, letzterer ist, um ihm eine möglichst sorgsame Pflege zu teil werden zu lassen, der Halleschen Klinik zugeführt worden; getötet ist niemand.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz. Auf zur Landtagswahl. Morgen, Donnerstag, um 12 Uhr, finden die Wahlmännerwahlen zum Landtage statt. Da unsere Partei in allen 17 Bezirken der Stadt in der dritten Abteilung Wahlmänner aufgestellt, ist es dringend erforderlich, daß jeder Genosse und Arbeiter zur Wahl geht und unsere Wahlmänner wählt. Es braucht jeder nur um 1/2 12 Uhr seine Arbeitsstätte zu verlassen, er kommt dann zur Teilnahme an der Wahl früh genug. Kurz vor 12 Uhr muß aber jeder in seinem Wahllokale sein, wo er von Genossen einen Zettel erhält, auf dem die Namen unserer Wahlmänner stehen. Wir ersuchen, zu der Wahl recht zahlreich zu kommen.

Auch die Gegnerparteien haben jetzt ihre Wahlmänner aufgestellt, sowohl die Liberalen als auch die Kartellparteien. Dabei giebt es eine große Anzahl Wahlmänner, die von beiden Richtungen aufgestellt sind, die also einmal liberal und das andere Mal konservativ wählen wollen. Ganz wie Herr Dippe, der sich ja auch beiden Richtungen als Kandidat präsentiert. Und das wollen ernsthafte Politiker sein.

☐ **Streckau.** Gehaussucht wurde am Sonnabend bei verschiedenen Einwohnern nach Futterrüben, welche auf den zum Rittergut Näthern gehörenden Feldern gestohlen worden sind. Am Sonntag morgen fuhr man die gestohlenen Rüben zusammen. Wie gewöhnlich so ist auch hier die Anzeige durch Denunziation erfolgt.

— Es hat geholfen. Auf fast allen Gruben sind jetzt Abortkübel unter Tage zur Einführung gelangt. Es liegt nun im Interesse aller Arbeiter, dafür zu sorgen, daß die Kübel ordentlich in stand gehalten werden und nicht, wie uns jetzt schon die Klage zugeht, von verschiedenen Arbeitern absichtlich verunreinigt werden. Kameraden, achtet auf derartige Elemente und bringt sie sofort zur Anzeige.

☐ **Streckau.** In dem Artikel in Nr. 259, Gemeindevorstand gegen Konsumverein, darf es nicht heißen: Der jährliche Umsatz an Branntwein beträgt 1300 Mk., sondern: Der jährliche Umsatz an Branntwein und Likören beträgt 13000 Mk.

r. **Naumburg.** Den Eselsfußtritt versetzt unserm verstorbenen Genossen Franz Hofmann u. a. auch das Kreisblatt. Es schreibt:

„Hofmann hat dem Reichstag seit 1892 angehört. Während der ganzen letzten Legislaturperiode seit 1898 hat er nicht ein einziges Mal im Reichstag das Wort ergriffen."

Dieser Erguß ist nun aber nicht das Resultat eigenen Nachdenkens, sondern der Freisinnigen Zeitung Eugen Richters nachgedruckt, der mit dieser neuen Taktlosigkeit aufs neue beweist, wie unendlich tief er schon gesunken ist. Die Tatsache, daß Genosse Hofmann nicht geredet hat, ist bekannt, denn er war seit mehreren Jahren krank. Wer ihn auf dem Dresdener Parteitag nach mehrjähriger Pause wiedersah, erschrak über den einst so stattlichen und jetzt so arg zusammengefallenen Mann. Dieser Grund allein genügt schon, um sein Nichtreden zu entschuldigen. Sodann aber ist in einer Fraktion von 58 Mann gar nicht immer die Möglichkeit gegeben, daß jeder Abgeordnete zu Wort kommt. Eher wäre das schon möglich bei dem kleinen Häuflein der Richterschen Unentwegten. Man entsinnt sich aber, daß es bis zum 16. Juni in der Freisinnigen Volkspartei einen Abgeordneten gab, Lüders-Görlitz, der dem Reichstage 25 Jahre angehört hatte, ohne in diesen 25 Jahren nur ein einziges Mal das Wort zu nehmen.

Torgau. Die Süptitzer Familientragödie beschäftigte am Freitag das Schwurgericht. Bekanntlich wurden am 6. Oktober der Winzer Höcke und dessen Sohn, der Arbeiter Ernst Höcke, unter dem Verdacht verhaftet, den Tod ihres Bruders resp. Sohnes, des 29jährigen Landwirts Paul Höcke, verschuldet zu haben. Die Anklage lautet auf „Körperverletzung mit tödlichem Ausgange". Die Verhandlung entrollte das Bild eines recht traurigen Familienverhältnisses. Das Urteil lautet gegen den Vater auf vier Jahre Gefängnis, während der Bruder zu 1½ Jahr Gefängnis verurteilt wird.

Wittenberg. Wegen Untreue und Unterschlagung ist am 2. Mai von der Strafkammer in Wittenberg der Oberkellner Gustav Ferdinand Große, jetzt in Sondershausen, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er war im Frühjahr 1902 im Goldenen Adler in Wittenberg angestellt und hatte im Namen der Besitzerin die Gelder von den Gästen einzuziehen. Dabei hat er einen größeren Betrag für sich behalten. — Seine Revision wurde als unbegründet vom Reichsgerichte verworfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219031111-16/fragment/page=0007
DFG

Magdeburg. Prügel-Pädagoge. Der Fortbildungsschullehrer Brüggemann hat, wie die Volksstimme berichtet, während des Unterrichts einem Schüler, einem Tischlerlehrling, sein Glasauge ausgeschlagen. Der junge Mensch war seinerzeit von dem Lehrer ausdrücklich in die erste Reihe gesetzt worden, weil er auf das Glasauge aufmerksam gemacht worden war. Als der erregte Herr es dieser Tage für notwendig hielt, den Jungen zu prügeln, hielt dieser seine Hand vor das Glasauge, um dieses zu schützen. Der Lehrer aber rief ihm zu „Die Knochen weg!" und zwang ihn, die Hand fortzunehmen. Darauf schlug er ihm das Glasauge entzwei, so daß es am nächsten Tage erneuert werden mußte. Dieser Fall ist nicht der einzige, in dem der Herr seine Erziehungsgrundsätze betätigt hat. Herr Brüggemann hat nämlich oft geschlagen; auch rühmte er sich, als er von der Reise zurückkam, er habe seine Kräfte wieder gestärkt und könne nun wieder tüchtig prügeln. Besonders auffallend aber ist, daß Herr Brüggemann — wenn er die Absicht hatte, einen Knaben ganz besonders kräftig zu schlagen — mit dem bedauernswerten Zögling in ein andres Zimmer ging und mit dem Kinde allein blieb, um dort seiner leidenschaftlichen Erregung freien Lauf zu fassen. Wie die Volksstimme mitteilt, hat der merkwürdige Jugenderzieher in dem obigen Falle dem Mißhandelten ausdrücklich geraten, er solle zur Volksstimme gehen und sich beschweren. Das ist auch nicht übel. Nun fehlte nur noch, daß der Mann gegen die Volksstimme klagbar würde.

Stendal-Osterburg. Ein Kanal-Paulus. Unter dieser Ueberschrift berichtet die Presse: Der konservative Landtagskandidat für den Kreis Neuhaldensleben, Rittergutsbesitzer Himburg auf Rogätz, hat nach einer Meldung des Berl. Tagebl. in einer Versammlung erklärt, daß er nunmehr entschlossen sei, für die Kanalvorlage einzutreten. Seine frühere Ansicht habe er geändert.

Die Junker werden schon ihre Konsequenzen daraus ziehen: Sie werden ihn nicht wählen und ferner daraus die Lehre ziehen, daß bei bürgerlichen Vertretern nun einmal kein Rückgrat zu finden ist. Die Junker sind zwar rücksichtslos und brutal, aber konsequent, und vor ihrer Interessenpolitik kann man mehr Respekt haben als wie vor der Schaukelei der bürgerlichen Gesellschaft. — Trotz seines Umfalls wird der Rittergutsbesitzer seine 15 Mk. Diäten wohl nie beziehen können.

Gemeindezeitung.

Eilenburg. Die Stadtverordnetenwahlen fanden hier am Freitag statt. Zum ersten Male trat die Arbeiterschaft mit eigenen Kandidaten auf den Plan und hatte dadurch die ganze bürgerliche Gesellschaft auf die Beine gebracht. Unter den bürgerlichen Parteien war ein scheinbarer Streit über zwei ihrer Kandidaten ausgebrochen. Der eine hatte seinerzeit als Stadtverordneter gegen die Erhöhung der Lehrergehälter gesprochen und dadurch die Lehrer gegen sich aufgebracht. Doch war dieses nur der scheinbare Grund, die eigentliche Ursache war, der Mann hatte ein klein wenig Opposition gemacht und des öfteren im Kollegium die Lippe riskiert, wodurch er natürlich aber mißliebig geworden war. Und so bot obiges Vergehen einen trefflichen Vorwand, die gesamte Lehrer- und Beamtenschaft für den anderen Kandidaten auf die Beine zu bringen, so daß Stichwahl zwischen beiden notwendig wird. Nun, vielleicht gibt's doch noch einen Strich durch die Rechnung. Durch unser Eingreifen war die Wahlbeteiligung eine außerordentlich starke, so daß teilweis die Wähler infolge der kurzen Wahlzeit von 4 Stunden eine Stunde stehen mußten, ehe sie ihre Stimme abgeben konnten, doch unsere Genossen hielten stand. Für uns war es klar, daß wir dieses Mal unsere Kandidaten, die Gen. Raute, Burckhardt u. Schimanski, nicht durchbringen konnten. Ist doch der Erwerb des Bürgerrechts nur durch Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes von 10—20 Mk. zu erlangen. Aber trotz dieses Hindernisses können wir mit dem Erfolg zufrieden sein, erzielten wir doch 107 bezw. 109 und 111 Stimmen, während die Stimmenzahl bei den bürgerlichen 166 bezw. 311 und 319 betrug. Wohl hätten wir vielleicht einen Genossen von uns mit durchbringen können, denn von bürgerlicher Seite war uns ein Kompromiß angeboten. Wir sollten einen oder zwei Genossen in Gemeinschaft mit dem bürgerlichen Kandidaten aufstellen und man wollte dann den einen davon wählen. Doch wenn dieses Bündnis auch reell sein sollte, wir dankten höflichst dafür, wir wollen kein Aschenbrödel sein, das für die anderen die Kastanien aus dem Feuer holen sollte, und das man gelegentlich als Prügeljungen benutzen konnte. Aus eigener Kraft wollen wir siegen.

Man hatte dann auch die Parole ausgegeben, alles aufzubieten um uns niederzuringen. Und obwohl man unsere Genossen gern im Stadtparlament sitzen hätte, wagte doch keiner der mitunter recht armseligen Spießbürger unsere Genossen zu wählen. Interessant für uns war es zu sehen, wie verschiedene Kleinmeister, die noch vor einigen Jahren mit zu den radikalsten Genossen zählten, für die bürgerlichen Kandidaten stimmten oder der Wahl fern blieben, genau wie bei der Reichstagswahl, obwohl sie alle unabhängig sind. Es zeigte sich hier wieder wie immer, daß die Arbeiterschaft nur auf eigene Kraft zu rechnen hat. Darum Genossen, erwerbt euch das Bürgerrecht und in zwei Jahren werden wir den Herren zeigen, daß aller sanfte Druck und aller „Wunsch-Befehl" an der eisernen Konsequenz des Proletariats scheitern soll.

Gewerkschaftliches.

Frankreich. Der Streik der Textilarbeiter. In Armentiers und St. Quentin ist die Situation die gleiche, dagegen haben in Auftaing gegen 400 Weber die Arbeit eingestellt, da die Unternehmer die verlangte Lohnerhöhung von 2 Centimes nicht bewilligen wollten. Auch in Bonbaix haben die Weber die Arbeit eingestellt, weil sie nicht mit einem Streikbrecher zusammen arbeiten wollten.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 7. November.

Vorsitzender: Landgerichtsrat Behm; Ankläger: Staatsanwalt Geschke.

Einen Eisenbahnzug in Gefahr gebracht hatte der Landwirt Hermann Mückenheim von Teutschenthal, weshalb er wegen fahrlässiger Gefährdung und Bereitung eines Hindernisses angeklagt war. Am 25. August fuhr der Angeklagte mit einem zweispännigen Wagen, der mit einem 17 bis 18 Meter langen Baumstamm Langholz beladen war, von Kröllwitz nach Nietleben über die Schienen der Hettstedter Bahn, ohne zu beachten, daß ein Zug von der Halde her kam. Seine Pferde waren schon über das Geleis, da wurde er erst von dem Brauemeister Rolle, der mit ihm fuhr, aufmerksam gemacht, schnell zu fahren, da ein Zug komme. Er trieb darauf die Pferde an; der Zug erreichte aber, trotzdem der Lokomotivführer bremste und Zurückdampf gab, den hervorstehenden Baumstamm, und die Lokomotive brach ein Stück von 2½ Meter Länge ab. Der Vorgang hatte sich in der Nähe der Gastwirtschaft zur „Tanne" abgespielt und der Güterzug hätte leicht entgleisen können. Der Angeklagte behauptete, nicht schuldig zu sein. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die grobe Fahrlässigkeit, die an jener Stelle begangen sei, 1 Monat Gefängnis. Auf Antrag des Verteidigers des Angeklagten, Justizrat Kaehne, wurde die Sache vertagt. Es soll eine Augenscheinnahme an der Stelle, wo der Zusammenstoß passierte, angeordnet werden.

Einem schlafenden Kellner aus dem Wartesaal 4. Kl. in Schkeuditz hatten der 41jährige Kesselschmied Ludwig Oemler von hier und der Arbeiter Friedrich Otto Köster von Brachwitz, 43 Jahre alt, einen Koffer mit Sachen entwendet. Die Sachen sollen beide Angeklagte mit einander geteilt haben. K. war aber nur insofern beteiligt, daß er Oe. den Koffer mit tragen half. Beide Angeklagte belasten sich gegenseitig und behaupten, am Tage der Tat — 8. August — betrunken gewesen zu sein. Das Gericht schenkte Oemler keinen Glauben und verurteilte diesen wegen Diebstahls, da Rückfall vorlag, antragsgemäß zu 1 Jahr Gefängnis; auch wurde Oemlers sofortige Verhaftung beschlossen. Köster wurde wegen Begünstigung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, da er gewußt habe, daß der Koffer gestohlen war, und er dem Oemler bei dem Wegschaffen des Koffers nicht behilflich sein durfte.

§ 175. Jener Paragraph, der von wissenschaftlichen Autoritäten schon mit Recht so oft angefochten wurde, fand auch wieder Anwendung gegen den etwa 60jährigen Arbeiter August Merker aus Rösa bei Bitterfeld, der in Gemeinschaft mit dem etwa 17jährigen Barbierlehrling Hering von dort wegen widernatürlicher Unzucht angeklagt war. Beide Angeklagte sollen die ihnen zur Last gelegte Tat in einem Walde bei Rösa begangen haben. Merker, der wegen Sittenverbrechens schon vorbestraft ist, wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt und Hering wurde freigesprochen. Die Verhandlung war nicht öffentlich.

Den Wandergewerbebetrieb sollte der Handelsmann Louis Zeisler aus Kemberg ohne Gewerbeschein ausgeübt haben, weshalb er wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung und Uebertretung des Gewerbesteuergesetzes angeklagt war. Das Schöffengericht in Gräfenhainichen hatte ihn von dieser Anklage freigesprochen, wogegen der Amtsanwalt Berufung einlegte. Z. hat im Auftrage des Gastwirts Penne eine Spannerei zum Ziehen für 55 Taler gekauft und diese, nachdem er je längere Zeit in seinem Stall eingestellt hatte, an den Besteller für 95 Taler verkauft. Weil die Bestellung nun ein Vierteljahr vorher geschehen ist, soll dieselbe nicht als eigentlicher Auftrag gelten. Der Staatsanwalt meinte, der Angeklagte habe ein Wandergewerbe betrieben und beantragte 96 Mk. Geldstrafe (doppelte Gewerbesteuer) ev. 24 Tage Haft. Der Angeklagte bestritt, daß die Ausübung eines solchen Gewerbes vorliege. Das Berufungsgericht verwarf die Berufung des Amtsanwalts, sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten beider Instanzen, auch die des Verteidigers, der Staatskasse auf. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Vorderrichters: Es liege nur ein einzelner Fall, aber kein Gewerbebetrieb vor.

Versammlungsberichte.

Sozialdemokratischer Verein Wittenberg.

Am letzten Sonntag fand im Saale des Kronprinzen zu Klein-Wittenberg eine öffentliche Volksversammlung statt, welche gut besucht war. Arbeitersekretär Hermann Schubert-Berlin referierte über das Thema: Die Arbeiterschaft im Kampfe mit der Reaktion. Der Redner schilderte die allgemeine politische Lage und forderte zum Kampfe gegen die Reaktion auf. Für den vorzüglichen Vortrag erntete Redner stürmischen Beifall. Nach kurzer Diskussion schloß die anregende Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Arbeiterbewegung. — e.

Aus dem Reiche.

Berlin. Vergiftet. Die Arbeiterfrau Auguste Luck erkrankte in ihrer Wohnung unter Vergiftungserscheinungen und starb bald darauf. Es besteht der Verdacht, daß sie von ihrem Mann, der vorläufig festgenommen worden ist, vergiftet sei.

Marburg. Meuterei. Auf der Domäne Woltersdorf bei Frankenberg meuterten zwölf Zuchthäusler. Sie drangen mit Hacken aufeinander ein, wobei mehrere schwer verletzt wurden.

Ruhrort. Einbruchsdiebstahl. In der Sonntag-Nacht stahlen Einbrecher bei dem Juwelier Kielmann für 25000 Mk. Wertsachen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Essen. Eine Bluttat. In Günnigfeld überfiel der Friseur Kramer ohne Ursache zwei Bergleute, tötete einen mit einem Dolchmesser und verletzte den anderen schwer.

Köln. Der Schutzmann Schnitzler, der vor wenigen Tagen den zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilten früheren Stadtverordneten und Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Thonröhrensyndikats Bauer auf dem Transport nach dem Gefängnis entfliehen ließ, ist dringend der vorsätzlichen Gefangenen-Entführung verdächtig. Schnitzler ist verhaftet und das Strafverfahren gegen ihn eröffnet. Außerdem sind die Frau sowie die Kinder Bauers wegen Beihilfe zur Gefangenenbefreiung vernommen. Sie verweigerten indessen die Aussage. Desgleichen ist ein Verteidiger, Rechtsanwalt Simon Meyer, gerichtlich vernommen worden.

Letzte Nachrichten.

Königsberg, 10. Nov. Die Genossen Braun und Novagrotzki wurden gestern ebenfalls unter dem **Verdacht der Geheimbündelei** verhaftet.

Frankfurt, 10. Nov. Gestern wurde der Unteroffizier Hoffmann von der 5. Batterie des 5. Feldartillerie-Regiments in Mainz wegen **Mißhandlung in 693 Fällen,** von denen 683 minder schwer sind, zu 1 Jahr Gefängnis und Degradation verurteilt.

Berlin, 10. Nov. In der Dorfkirche zu Großglienicke wurde in vergangener Nacht ein Einbruch verübt. Die Diebe stahlen wertvolle Silbergeräte und beschädigten, was ihnen des Stehlens nicht wert schien.

Rom, 10. Nov. Die Presse hält die Beschuldigungen gegen Rosano aufrecht, dagegen bezeichnet die Tribuna den Finanzminister als ein Opfer der Parteiwut.

Belgrad, 10. Nov. Der Kriegsminister mußte das Projekt, die Gehälter der Offiziere zu reduzieren, um das Budget zu entlasten, fallen lassen, weil die Nachricht in Offizierskreisen eine große Gärung hervorief. — Das Blatt Beogradski Novine wurde wegen Verbreitung von Gerüchten, daß der König Peter beabsichtige, abzudanken, unter Anklage gestellt. — Der Chefredakteur Schibalitsch des gegen die Königsmörder auftretenden Blattes Narodni List wurde verhaftet, angeblich weil er sich weigert, vor Gericht zu erscheinen.

Madrid, 10. Nov. In Santander entstanden Wahlunruhen, indem die Volksmassen das Jesuitenkolleg stürmten und anzünden wollten. Sie wurden vom Militär daran gehindert. Durch einen Schuß wurde ein Kind getötet, die Behörden erklärten, daß der Schuß nicht von einem Jesuiten abgegeben worden sei. Die Lage ist ernst, da der Kriegszustand erklärt worden ist.

Venedig, 10. November. Zwischen Brescia und Mantua fand ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge statt, wobei 15 Personen verletzt wurden.

Petersburg, 10. November. Wie aus Gornaja gemeldet wird, ist dort die Pulverfabrik Popoff aufgeflogen. 9 Personen wurden getötet, viele andere verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

F. B., Merseburg. Die Steuern richten sich nicht nach dem Alter sondern nach dem Einkommen. Auf dem Lande müssen Dienstboten vielfach Steuern zahlen. Der Mietstaler ist gesetzlich in allen Fällen in Abzug zu bringen, insofern nicht ausdrücklich bei der Vermietung vereinbart worden, daß der Mietstaler als Geschenk zu betrachten ist. Verläßt der Dienstbote ohne Grund die Stelle, so kann der Dienstherr die Sachen einbehalten. Nehmen Sie polizeiliche Hilfe unter Berufung auf das ärztliche Attest in Anspruch.

O. R., Bitterfeld. Antwort erhalten Sie schon von der Berufsgenossenschaft, aber darüber vergehen leider noch einige Wochen.

Ar. Tr. Gesetzlich kann Ihnen nur am 1. Januar zum 1. April auszuziehen gekündigt werden, ganz gleichgiltig, ob das Haus verkauft wird oder nicht. Wollen Sie vorher auf Geheiß des Wirtes ausziehen, so können Sie Schadenersatz beanspruchen. Weigert sich der Wirt, Entschädigung in der von ihnen gewünschten Höhe zu zahlen, so bleiben Sie ruhig wohnen bis 1. April. Verlangen können Sie Schadenersatz für das Geschäft, die Vorhänge; ebenso für die Räumung. — Als Wahlmann können Sie sich selbst wählen.

Nr. 112, E. St. H. Gesetzlich steht dem Gläubiger das Recht zu, die Mieten pfänden zu lassen. Dagegen ist nichts zu machen.

W. E. in H. Wegen eines anonymen Briefes können Sie nur dann Strafantrag stellen, wenn Sie den mutmaßlichen Täter kennen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 9. November.

Aufgeboten: Kfm. Werner u. Hedwig Taatz (Nordhausen und Mansfelderstr. 5). Modelltischler Stroh und Ella Döring (Rienburg a. S. und Hochstr. 19). Arbeiter Schmidt u. Augusta Hagen (Obertentschenthal u. Unterteutschenthal). Arbeiter Faatz und Pauline Kretschmann (Glöthe). Kfm. Reuel und Else Bönicke (Leipzig).

Geboren: Desinfektor Mickler S. (Hallorenstr. 2). Kutscher Kyritz T. (Gr. Märkerstr. 18). Ober-Postpraktikant Sommer T. (Beesenerstr. 24). Former Bennewitz T. (Taubenstr. 17). Arbeiter Werner S. (Schmiedstr. 31). Schneidermstr. Matthäus T. (Leipzigerstr. 34). Markthelfer Bernhard T. (Unterplan 9). Tischler Müller T. (Glaucharerstr. 32). Bäcker Thielicke S. (Landwehrstr. 3). Maurer Günther T. (Spitze 38). Bohrer Weitzenberg T. (Eindenstr. 76). Arbeiter Dönicke T. (Steg 16). Hausdiener Wetzel T. (Kuttelhof 11).

Gestorben: Schuhmachers Schmidt S., 8 Mon. (Landwehrstraße 14). Arbeiters Rüdiger S., 1 J. (Gr. Brauhausstr. 2). Schlossers Pohle S., 2 Woch. (Kl. Sandberg 21). Invaliden Neupert S., 56 J. (Klinik). Gepäckträgers Petzold T., 2 J. (Barfstr. 17).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 9. November.

Eheschließungen: Berginvalide Kühne und Friederike Stengel geb. Bornemann (Wilhelmstr. 30 und Töpferplan 4). Kesselschmied Lutzemann und Auguste Mente (Feldstr. 4).

Geboren: Arbeiter Krebs S. (Gr. Brunnenstr. 12). Lehrer Richter T. (Bismarckstraße 3). Arbeiter Mehlhose T. (Bitterfeldstr. 15). Kutscher Frensel T. (Harz 51). Eisendreher Naumann S. (Ackerstr. 1).

Gestorben: Fräsers Hesse S., 7 Mon. (Weißenburgstr. 4). Schlossers Kaiser S., 3 Mon. (Leopoldstr. 33). Handelsmann Lehmann, 73 J. (Körnerstr. 6). Handelsmanns Banse T., totg. (Advokatenweg 30). Oberpostdirektor a. D. Braune, 85 J. (Karlstr. 31). Schieferdecker Prater aus Naumburg a. S., 38 J. (Diakonissenhaus).

Zeitz, vom 26. Oktober bis 1. Novbr.

Eheschließungen: Arbeiter Otto und Luise Richter. Kupferschmied Wagner und Anna Herrling. Schlosser Seela und Anna Schlag. Postassistent Liedmann in Herzberg und Berta Ehricht. Gastwirt Kretschmar in Stublach u. Ella Schumann.

Geboren: Tischler Schneider T. Arbeiter Pleß T. Fabrikanten Dürrbaum zu Rasberg S. Maschinisten Floß T. Arbeiter Placzeck T. Kaufmann Franke S. Kaufmann Weitze T. Kaufmann Pölitz T. Arbeiter Kaiser T. Former Kindermann S. Schneider Friedrich T. Kaufmann Timpe S. Stellmacher Greim T. Tischler Schierer S. Arbeiter Horn zu Rasbecg S. Bureaugehilfen Penndorf T. Maler Weichardt T. Lackierer Hartung S. Expedienten Schmidt T. Bäcker Pomper zu Rasberg S. Maurer Röhrborn S. Tischler Landmann T.

Gestorben: Maurers Seidenschnur T., totgeb. Johanne Nitsche, 1 Mon. Johanne Voigtsberger, 4 Mon. Egon Francke, 1 Tag. Karl Reinsberger, 9 J. Bruno Knoll, 1 J. Edmund Schierer, 18 Std. Otto Pomper zu Rasberg, 2 Tage.

Quittung

Für die Krimmitschauer Textilarbeiter:

Verband der Stukkateure 15 M. Verband der Schuhmacher 10 Mark. M. Güldenberg.

Bestimmungen

über die Benutzung der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Die Bibliothek steht jedem Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis nach Vorlegung des Mitgliedsbuches unter folgenden Bedingungen unentgeltlich zur Verfügung:

1.

Entliehene Bücher dürfen bei einem Umfange von ca. 100 Druckseiten nicht länger als 3 Wochen, solche von größerem Umfange nicht länger als 6 Wochen behalten werden.

2.

Mitglieder, welche die oben festgesetzte Frist überschreiten, haben für jede weitere Woche 5 Pf. Benutzungsgebühr zu entrichten. Weigert sich ein Mitglied, diese Gebühr zu zahlen, verliert er das Anrecht auf Benutzung der Bibliothek.

3.

Die Ausgabe und Annahme von Büchern erfolgt jeden

Sonntag von 11 bis 1 Uhr mittags.

Ebenso werden vor und nach den im Vereinslokal stattfindenden Versammlungen Bücher ausgegeben.

4.

Der Leser ist für den guten Zustand des entliehenen Buches verantwortlich. Bei etwaigem Verlieren hat er das Buch zu ersetzen.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Fette in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219031111-16/fragment/page=0008